

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 46/2018 12. November 2018

AKTUELLES

9. November – Gedenken an Schicksalstag der Deutschen.....	2
Kultur bildet Bündnis gegen Rechts	4
Fast jeder dritte Deutsche hat Vorbehalte gegen Ausländer	5
Grundschüler wissen laut Studie wenig über Juden und Roma	7
Bereitet Schule auf das Leben vor? – Umfrage zeigt Zweifel	8
Österreichs Haus der Geschichte	9

KULTURPOLITIK

Ulrike Lorenz leitet Klassik Stiftung Weimar	11
Sanierung des Pergamonmuseums schwierig	12
Grütters: Leipzig sollte endlich Einheitsdenkmal bekommen	16

BERUF UND WEITERBILDUNG

Deutscher Beschäftigungsboom hält an.....	17
Bundes-CDU will Weiterbildung umkrempeln	18

FORSCHUNGSPOLITIK

„Alice“ auf den Spuren des Urknalls.....	21
Der Fang großer Fische im Weltall	22

HOCHSCHULE

Uni Rostock feiert 600. Geburtstag in 2019.....	29
GEW: Mehr Bundesmittel für Hochschulen	30

SCHULE

Kieler Landtag: Digitalpakt Schule ist unterfinanziert.....	34
Volksinitiative zu Schulen blitzt im Berliner Parlament ab	36

VORSCHULE

Sch-H will Meldepflicht für Kita-Plätze einführen	40
Bayern entlastet Eltern von Kita-Kindern	41

TERMINE	42
----------------------	-----------

INHALT (GESAMT).....	46
-----------------------------	-----------

Verantwortlich: Kirsten Baukhage | +49 30 2852 32275
dossier.bildungsforschung@dpa.com

AKTUELLES

9. November – Gedenken an Schicksalstag der Deutschen

Berlin (dpa) – 9. November 1918 – Ausrufung der ersten deutschen Republik – 9. November 1938 – Pogromnacht – 9. November 1989 – Fall der Mauer: Der 9. November ist der Schicksalstag der Deutschen. Bei zahlreichen Gedenkveranstaltungen in Bund und Ländern wurde an die verschiedenen Ereignisse erinnert. Zwei Weltkriege, Nationalsozialismus und Judenvernichtung haben die deutsche Identität geprägt. Aber die Geschichte ist ambivalent und widersprüchlich. Der Anfang der Weimarer Republik vor 100 Jahren war auch ein Meilenstein für Freiheit und Demokratie. 20 Jahre später – 1938 – werden überall in Deutschland Synagogen und Geschäfte verwüstet, Tausende Juden deportiert, Hunderte getötet – die Pogromnacht vom 1938 war eine Vorstufe zum Holocaust. 51 Jahre später fällt die Mauer in Berlin, Vorstufe zur deutschen Einheit.

Im Bundestag wirbt Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier dafür, der Novemberrevolution von 1918 endlich den Platz zu geben, der dem Ereignis gebührt. Der 9. November 1918, als Philipp Scheidemann vom Berliner Reichstagsgebäude aus die Republik ausrief, sei ein historischer „Meilenstein“, aber leider noch „ein Stiefkind unserer Demokratiegeschichte.“

Steinmeier: Mehr Beachtung für Revolution von 1918

Das muss sich ändern, sagt Steinmeier, und plädiert für einen „demokratischen Patriotismus“ in Deutschland. Die Katastrophe zweier Weltkriege und der Holocaust seien unverrückbarer Teil der deutschen Identität. Zugleich sollte aber auch an die Wurzeln von Demokratie- und Freiheitsstreben erinnert werden, für die der demokratische Aufbruch von 1918 stehe.

Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble sagte anschließend mit Blick auf die Ereignisse vor 100 Jahren, aber auch auf die Pogromnacht von 1938 und den Mauerfall von 1989: „An diesem Datum verdichtet sich unsere jüngere Geschichte in ihrer Ambivalenz, mit ihren Widersprüchen und Gegensätzen.“ Und er fügt hinzu: „Das Tragische und das Glück, der vergebliche Versuch und das Gelingen, Freude und Schuld: All das gehört zusammen. Untrennbar.“

Auch Steinmeier benennt Widersprüche und Konflikte: „Wir können stolz sein auf die Traditionen von Freiheit und Demokratie, ohne den Blick auf den Abgrund der Shoa zu verdrängen“, sagt er. Auch der 9. November 1918 stehe für eine paradoxe und widersprüchliche Revolution. Teile der radikalen Linken hätten von einem „Verrat an der Arbeiterklasse“ gespro-

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 46/2018 12. November 2018 - AKTUELLES

chen, Republikfeinde von rechts vom „Dolchstoß“ und dem angeblichen Verrat an den Frontkämpfern.

Steinmeier erinnert auch an den Fall der Mauer 1989 – „den glücklichsten 9. November in unserer Geschichte“. Es bleibe aber die „schwierigste und schmerzhafteste Frage der deutschen Geschichte“, wie wenige Jahre nach dem demokratischen Aufbruch 1918 Feinde der Demokratie Wahlen gewinnen konnten, das deutsche Volk seine europäischen Nachbarn mit Krieg und Vernichtung überzog und „jüdische Familien in Viehwagen pferchte und Eltern mit ihren Kindern in Gaskammern schickte.“

Gedenken in Synagoge Rykestraße an 80. Jahrestag der Pogrome

In der Berliner Synagoge Rykestraße erinnerten der Präsident des Zentralrates der Juden, Josef Schuster, und Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) an die Pogromnacht vor 80 Jahren und die vielen antisemitischen Attacken heute. Schuster gab der AfD eine Mitverantwortung für die Hetze gegen jüdische Menschen, Muslime und Flüchtlinge. „Eine Partei, die im Bundestag am ganz äußeren rechten Rand sitzt, hat diese Hetze perfektioniert. Sie sind geistige Brandstifter“, sagte Schuster, ohne die AfD beim Namen zu nennen. Auch Merkel warnte bei der Gedenkstunde vor zunehmendem Judenhass.

„Vor nichts haben sie Respekt“, sagte Schuster in Anspielung auf die AfD. „Sie instrumentalisieren die mutigen Widerstandskämpfer der Weißen Rose für ihre Zwecke. Sie verhöhnen die Opfer und Überlebenden der Shoa, indem sie die NS-Verbrechen relativieren. Sie betreiben Geschichtsklitterung und wollen unsere Gedenkkultur zerstören.“

Der Zentralrat hatte als einzige die AfD-Bundestagsfraktion nicht zu der Gedenkfeier eingeladen. „Es wäre für die jüdische Gemeinschaft unerträglich gewesen, heute, 80 Jahre nach der Pogromnacht, Vertreter dieser Partei unter uns zu wissen“, sagte Schuster in Anwesenheit von Steinmeier sowie Bundes- und Landespolitikern.

Merkel: Staat muss konsequent Antisemitismus bekämpfen

„Es gibt in Deutschland wieder blühendes jüdisches Leben“, sagte Merkel. „Doch zugleich erleben wir einen besorgniserregenden Antisemitismus, der jüdisches Leben in unserem Land und an anderen sicher geglaubten Orten der Welt bedroht.“ Dieser Antisemitismus entlade sich zunehmend ungehemmt im Internet und im öffentlichen Raum.

Die CDU-Politikerin ging auch auf antisemitische Tendenzen bei Muslimen ein. „Ebenso muss der Staat konsequent handeln, wenn Hass auf Juden und Hass auf Israel, verbal und nonverbal, von in unserem Lande lebenden

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 46/2018 12. November 2018 - AKTUELLES

Menschen ausgeht, die von einem anderen religiösen und kulturellen Hintergrund geprägt worden sind“, sagte Merkel.

„So wie es niemals einen Generalverdacht gegen muslimische Menschen geben darf, wenn im Namen ihrer Religion Gewalt verübt wird, so ist zugleich klar, dass sich jeder, der in unserem Land lebt, zu den Werten unseres Grundgesetzes bekennen muss.“

Jeder sei gefordert, die Grundwerte des Grundgesetzes zu verteidigen. „Der Staat muss entschlossen und konsequent gegen Verunglimpfung, Ausgrenzung, Antisemitismus, Rassismus und Rechtsradikalismus vorgehen“, betonte Merkel.

Thomas Lanig und Esteban Engel (Berlin)

Internet:

- Redetext Steinmeiers <http://dpaq.de/iiQS7>

Kultur bildet Bündnis gegen Rechts

Berlin (dpa) – Fast 400 Kulturinstitutionen bundesweit haben sich zu einem Bündnis gegen Rechts zusammengeschlossen. In Berlin und anderen Städten stellten die Initiatoren am 9. November eine „Erklärung der Vielen“ vor, in der sie sich zum Engagement gegen Nationalismus und Intoleranz und für die Freiheit der Kunst verpflichten.

„Ich hoffe, wir werden den Rechten von heute an das Leben deutlich schwerer machen“, sagte Olaf Zimmermann, Geschäftsführer des Deutschen Kulturrats, der Dachorganisation von mehr als 250 Bundeskulturverbänden, in Berlin. Gerade in kleineren Orten sei der Druck von Rechts dramatisch gewachsen.

Der Anstoß zu der Kampagne kam vom 2017 gegründeten Verein Die Vielen, der von der Stiftung des Fotografen Wolfgang Tillmans unterstützt wird. Gemeinsames Symbol ist eine gold-glitzernde Rettungsdecke, die von allen als Erkennungszeichen genutzt werden soll. Nach lokalen und selbstorganisierten Veranstaltungen in ganz Deutschland sind für Mai 2019 bundesweit „Glänzende Demonstrationen“ geplant.

In Berlin schlossen sich mehr als 140 Kulturinstitutionen der Initiative an, darunter die drei großen Opernhäuser, alle führenden Theater, die Stiftung Preußischer Kulturbesitz und die Berliner Festspiele.

Dietmar Schwarz, Intendant der Deutschen Oper Berlin, sagte die Unterstützung aller deutschsprachigen Opern zu. Kai Uwe Peter von der gastgebenden Stiftung Brandenburger Tor erinnerte an die besondere Verpflichtung

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 46/2018 12. November 2018 - AKTUELLES

tung der Deutschen, nach den Verbrechen der Nazizeit für Freiheit und Toleranz einzustehen: „Jeder von uns unterstützt mit der Kultur die Demokratie“, sagte er.

Auch in Nordrhein-Westfalen unterzeichneten mehr als 140 Theater, Künstler, Museen und Kultureinrichtungen die Erklärung. Es gehöre zu den Stärken der Kulturschaffenden, dass sie in der Gesellschaft Zeichen setzen können, sagte Wilfried Schulz, der Generalintendant des Düsseldorfer Schauspielhauses. Weitere Unterstützer sind unter anderem die Theater in Bielefeld, Münster, Bochum, Dortmund, Essen, Köln und Düsseldorf, das Museum Folkwang und die Kölner Philharmonie.

In Hamburg zählten die Initiatoren rund 100 Unterzeichner, darunter das Thalia Theater, das Schauspielhaus, das Reeperbahnfestival und die Kunsthalle. „Es genügt nicht, dass wir uns nur gegen Rechts positionieren“, sagte Initiatorin und Kampfnagel-Intendantin Amelie Deuflhard. „Wir müssen mit eigenen pluralen Positionen wieder die Offensive übernehmen und sollten die Politik nicht alleine den Politikern überlassen.“

Nada Weigelt (Berlin)

Internet:

- Homepage der Initiative <http://dpaq.de/Ft8sA>

Fast jeder dritte Deutsche hat Vorbehalte gegen Ausländer

Berlin (dpa) – Ausländerfeindliche Einstellungen werden in Deutschland zunehmend salonfähig. Laut einer Studie der Universität Leipzig vertritt inzwischen fast jeder dritte Bürger dieses Landes solche Positionen. Im Osten stimmt fast jeder Zweite (47,1 Prozent) Aussagen wie „Ausländer nutzen den Sozialstaat aus“ zu.

Eine klar rechtsextreme Weltsicht haben aktuell sechs Prozent der Bundesbürger. Das ist zwar ein höherer Wert als bei Umfragen in den vergangenen vier Jahren. Er liegt aber immer noch deutlich unter dem Anteil von 9,7 Prozent, der bei der ersten Befragung im Jahr 2002 erreicht worden war. Für die Studie waren im Mai und Juni bundesweit mehr als 2500 Menschen im Alter zwischen 14 und 93 Jahren befragt worden. 2416 von ihnen beantworteten die Fragen der Forscher.

Während antisemitische Einstellungen im Vergleich zu 2016 leicht zurückgegangen seien, habe sich vor allem die Abwertung von Muslimen sowie von Sinti und Roma in der Gesellschaft verfestigt, stellen die Autoren der

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 46/2018 12. November 2018 - AKTUELLES

repräsentativen Studie „Flucht ins Autoritäre“ fest, die am 7. November in Berlin vorgestellt wurde.

Zunehmend feindlich gegen Muslime – viele AfD-Anhänger

Demnach stimmt inzwischen bundesweit mehr als die Hälfte der Bevölkerung (55 Prozent) der Aussage zu „Durch die vielen Muslime hier fühle ich mich manchmal wie ein Fremder im eigenen Land“. Als die Forscher diese Frage zwei Jahre zuvor gestellt hatten, lag die Zustimmung zu diesem Satz bei 50 Prozent. 2014 waren es 43 Prozent.

Die Teilnehmer der Studie waren auch nach ihrer Wahlpräferenz gefragt worden. Dabei zeigte sich: 55 Prozent der Menschen, die sagten, sie würden die AfD wählen, wenn am kommenden Sonntag Bundestagswahl wäre, äußerten sich ausländerfeindlich. Unter denjenigen, die CDU, CSU und SPD wählen würden, waren demnach 22 Prozent Ausländerfeinde. Für die Wähler der FDP ermittelten die Forscher einen Wert von 18 Prozent. Bei den Anhängern von Linkspartei (15 Prozent) und Grünen (11 Prozent) waren es deutlich weniger.

Brähler sagte, insgesamt lasse sich beobachten, je weniger Ausländer in einer Region lebten, desto stärker seien die „Überfremdungsängste“ in dem Gebiet. Eine Ausnahme bilde hier nur Bayern, wo relativ viele Menschen mit Migrationshintergrund leben und solche Ängste auch vorhanden seien.

Rechtsautoritäre Diktatur wird wieder wünschenswert

Starke Unterschiede zwischen den Wählern der AfD und den Anhänger der anderen im Bundestag vertretenen Parteien stellten die Studienleiter Oliver Decker und Elmar Brähler auch in anderen Punkten fest. Laut Studie befürworteten 13,1 Prozent der Befragten, die bei der „Wahlpräferenz“ die AfD nannten, eine rechtsautoritäre Diktatur. Zum Vergleich: Unter den Wählern der Unionsparteien äußerten 2,3 Prozent derartige Ansichten, bei den FDP-Anhängern waren es 4,3 Prozent. Bei den Parteigängern von Linke, Grünen und SPD lag der Anteil jeweils unter zwei Prozent.

Als Befürworter einer „rechtsautoritären Diktatur“ im Sinne der Studie gilt, wer Aussagen wie „im nationalen Interesse ist unter bestimmten Umständen die Diktatur die bessere Staatsform“ oder „Was Deutschland jetzt braucht, ist eine einzige Partei, die die Volksgemeinschaft insgesamt verkörpert“, richtig findet.

Große Differenzen zwischen Ost und West entdeckten die Forscher, als sie nach Einstellungen fragten, die sich unter dem Begriff „Sozialdarwinismus“ zusammenfassen lassen. So stimmten neun Prozent der Westdeutschen der Aussage „Es gibt wertvolles und unwertes Leben“ zu. Auf dem Gebiet der Ex-DDR vertraten 14,5 Prozent der Befragten diese Ansicht.

Immerhin eine wirklich gute Nachricht hat die Studie aus Sicht der Autoren zu bieten: Im Osten ist die Zufriedenheit der Menschen mit dem Funktionieren der Demokratie von 27,3 Prozent im Jahr 2006 auf inzwischen 46,9 Prozent angestiegen.

Anne-Beatrice Clasmann (Berlin)

Internet:

- Pressemitteilung Uni Leipzig <http://dpaq.de/EPJAR>

Grundschüler wissen laut Studie wenig über Juden und Roma

München (dpa) – Grundschüler in Deutschland wissen laut einer neuen Studie wenig über Juden und noch weniger über Roma. Zwar hat die Hälfte aller Sechs- bis 13-Jährigen das Wort „Jude“ schon mal gehört, erklären kann es jedoch nur ein gutes Drittel, wie das Internationale Zentralinstitut für das Jugend- und Bildungsfernsehen (IZI) in München herausgefunden hat. Dabei ist das Thema Teil der meisten Grundschullehrpläne. Kinder, deren Eltern einen Volks- oder Hauptschulabschluss haben, konnten den Begriff „Juden“ noch seltener richtig einordnen.

Dass Juden zur Zeit des Zweiten Weltkriegs verfolgt wurden, wissen laut der Umfrage zwar die Hälfte der Acht- bis Neunjährigen und fast alle Zwölf- bis 13-Jährigen (94 Prozent), ganz sicher über diesen historischen Fakt ist sich jedoch bei den Acht- bis Neunjährigen nur knapp jeder Fünfte (18 Prozent). Bei den Zwölf- bis 13-Jährigen sind sich 58 Prozent sicher, dass Juden im Zweiten Weltkrieg verfolgt wurden. „Dies sind Hinweise darauf, dass hier dringend mehr Wissen zu den Zusammenhängen vermittelt werden sollte“, teilte IZI-Leiterin Maya Götz mit.

Kinder wissen nichts über Roma

Noch schlechter ist es der Studie zufolge um das Wissen über Roma bestellt. Den Begriff „Roma“ hat die Hälfte der Sechs- bis 13-Jährigen noch nie gehört. „Während bei vielen zum Thema „Muslime“ ein altersgemäßes Wissen vorhanden ist, weiß nur eine Minderheit, wer „Roma“ sind.“ Der Begriff „Zigeuner“ sei – falls überhaupt bekannt – nur mit eindeutig abwertenden Vorurteilen belegt.

Götz hält die Ergebnisse deshalb für brisant, weil die Grundschulzeit als entscheidende Phase für die Ausprägung von Vorurteilen gelte. Je mehr Vorurteile Kinder am Ende ihrer Kindheit entwickelt hätten, desto hartnäckiger hielten sich diese. „Aus pädagogischer Sicht sind diese Zahlen be-

sorgniserregend, da das fehlende Wissen bei gleichzeitig fehlendem Kontakt zu diesen Gruppen zur Vorurteilsbildung beitragen kann“, sagte Götz.

Das Institut hatte im Rahmen des Forschungsschwerpunkts „Vorurteile, Rassismus, Extremismus“ 840 repräsentativ ausgewählte Kinder zwischen sechs und 13 Jahren zu ihrem Wissen und ihren Assoziationen zu diesen Begriffen befragt. In weiteren Untersuchungen will IZI herausfinden, inwiefern gut gemachte Film- und Fernsehprodukte für Kinder bei Abbau von Vorurteilen helfen können.

Britta Schultejans (München)

Bereitet Schule auf das Leben vor? – Umfrage zeigt Zweifel

Stuttgart (dpa) – Eltern und Lehrern haben erhebliche Zweifel daran, dass die Kinder in der Schule auf ihr künftiges Leben vorbereitet werden. In einer repräsentativen Forsa-Umfrage gaben bundesweit nur 33 Prozent der Eltern an, dass dieses Ziel erfüllt wird. Bei den Lehrern waren es 44 Prozent. Die Umfrage vom Mai und Juni wurde am 9. November in Stuttgart vom Verband für Bildung und Erziehung (VBE) veröffentlicht. Demnach klafft insgesamt eine Lücke zwischen den Ansprüchen, die Lehrer und Eltern an die Wertevermittlung in der Schule haben, und der Wirklichkeit. Befragt wurden bundesweit 1111 Eltern und 1185 Lehrer

„Nicht ein einziges Bildungs- und Erziehungsziel kann aus Sicht von Lehrkräften in dem Maße umgesetzt werden, wie es hinsichtlich der Bedeutung eingeschätzt wird“, sagte VBE-Landeschef Gerhard Brand. Ein Grund dafür sei, dass viele Ziele in den Bildungsplänen zu abstrakt formuliert seien und bei den Lehrern Fragen dazu aufwürfen, wie sie die Ziele im praktischen Unterricht umsetzen sollten. Bildungspläne legen die Unterrichtsinhalte fest. Brand forderte auch, bei der Lehrerausbildung und -fortbildung nachzusteuern.

Einsatz für den Frieden fällt hinten runter

Aus Sicht von Eltern und Lehrern werden laut der Umfrage noch am ehesten die Ziele erreicht, den Kinder die Gleichberechtigung zwischen den Geschlechtern, die Achtung der Menschenrechte und den Erwerb von sozialen Kompetenzen nahezubringen. Hingegen fallen der Einsatz für den Frieden, die Förderung der Heimatverbundenheit und eben die Vorbereitung auf das künftige Leben nach Eindruck von Eltern und Lehrern am ehesten als Ziele im Schulunterricht hinten runter.

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 46/2018 12. November 2018 - AKTUELLES

Die Eltern messen der Schule bei der Wertevermittlung eine große Rolle zu: Bundesweit sagen 83 Prozent, die Schule sei hier wichtig. Der Familie schreiben diese Rolle 96 Prozent zu. Hingegen kommen den Kirchen und Religionsgemeinschaften aus Elternsicht mit 35 Prozent eine eher geringe Bedeutung bei der Wertevermittlung zu. Für die Umfrage wurden jeweils mehr als 1000 Eltern und Lehrer befragt, darunter jeweils 200 aus dem Südwesten.

Kultusministerin Susanne Eisenmann (CDU) sagte mit Blick auf Baden-Württemberg: „Ein wichtiger Schritt für mehr Werteerziehung an den Schulen ist unser Beschluss, den Ethikunterricht ab dem Schuljahr 2019/20 schrittweise auszubauen.“ Auch an den Grundschulen sei es aus ihrer Sicht notwendig, zukünftig Ethikunterricht anzubieten. „Deshalb lassen wir schon jetzt die Bildungspläne dazu erarbeiten.“ In Arbeit sei auch eine „Leitperspektive“ zur Demokratieerziehung.

Eisenmann will die Zusammenarbeit von Schulen und Eltern ausbauen. Dazu seien 2019 eine Reihe von Veranstaltungen geplant. „Wir werden in diesem Rahmen auch die Werteerziehung in den Blick nehmen.“

Bettina Grachtrup (Stuttgart)

Österreichs Haus der Geschichte

Wien (dpa) – Es ist unübersehbar: Das „Waldheimpferd“. Die vier mal vier Meter große Holzkonstruktion ist eines der Highlights im neuen „Haus der Geschichte Österreich“. 1986 erinnerte es plakativ an die NS-Vergangenheit des damaligen Präsidentschaftskandidaten Kurt Waldheim. Waldheim war Mitglied einer NS-Reiterstaffel, hatte sich aber immer bemüht, seine Rolle unter den Nazis herunterzuspielen. Der internationale Wirbel um das Staatsoberhaupt stieß eine überfällige innenpolitische Debatte zum Umgang mit der jüngeren Vergangenheit an.

Ein Aspekt: Die Errichtung eines zeitgeschichtlichen Museums. Nach jahrzehntelangem Hin und Her, in dem konsequenter politischer Wille und angeblich auch Geld fehlten, wird das Museum am 10. November eröffnet. Bis auf weiteres residiert die Schau über die Erste und Zweite Republik in imperialer Umgebung – in der Wiener Hofburg.

Das Haus sei ein „Meilenstein in der Museumslandschaft der Alpenrepublik“ und ein klares Bekenntnis des Landes zur Auseinandersetzung mit allen Facetten der vergangenen 100 Jahre, sagte die Museumsdirektorin Monika Sommer am 7. November in Wien.

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 46/2018 12. November 2018 - AKTUELLES

Auf 800 Quadratmetern lädt die Ausstellung unter dem Titel „Aufbruch ins Ungewisse – Österreich seit 1918“ zu einer mal bedrückenden, mal heiteren Zeitreise ein. „Republik u. Anschluss an Deutschland – Panik mitgemacht“, notierte der Erfinder der Psychoanalyse, Sigmund Freud, unter dem 12. November 1918 in seinem Jahreskalender, der als Leihgabe aus den USA erstmals in Wien zu sehen ist.

Der Anschluss an Deutschland war und blieb Wunschtraum vieler Österreicher nach dem Ersten Weltkrieg. Das Elend der 1920er Jahre symbolisiert der „Bettelautomat“. Die Stadt Wien hatte solche Groschen-Spender angebracht, in der – irrigen – Hoffnung, die vielen Armen würden sich mit jeweils wenigen Münzen abfinden. Das Pilotprojekt sei wegen zu großer Nutzung eingestellt worden, meinte eine Expertin des Hauses.

Nur wenige Fotos über Todesmärsche von Juden in Österreich

Großen Mut bewies ein unbekannter Fotograf, der im Frühjahr 1945 aus einer Dachluke heraus ein Foto von einem der Todesmärsche schoss. Zehntausende ungarische Juden wurden in den letzten Kriegswochen erbarmungslos von ihren Arbeitseinsätzen quer durch Österreich ins Konzentrationslager Mauthausen getrieben. Das Bild gilt als das einzige Foto-Dokument zu den Todesmärschen.

Das Museum versteht sich zu einem Teil auch als Geschichtswerkstatt. Wer interessante Fotos, Filme, Dokumente habe – sei es zum Bauboom in den 1960er Jahren oder zum Fall des Eisernen Vorhangs 1989 – sei eingeladen, sie über eine Webplattform hochzuladen, hieß es. Das vorher gesichtete Material werde dann auf Bildschirmen in die Schau integriert.

Für ein weiteres Zeichen der Erinnerungskultur wurde am 7. November in Wien ebenfalls der Weg geebnet: Nach jahrzehntelanger Planung wird Österreich eine Gedenkmauer für die rund 66 000 Juden aus der Alpenrepublik errichten, die zur Zeit des Nationalsozialismus ermordet wurden. Wie Bundeskanzler Sebastian Kurz erklärte, übernimmt das Bundeskanzleramt die Finanzierung der Namens-Mauer zu großen Teilen. „Somit kann nach fast 20 Jahren Engagement ein Projekt, das es anderswo schon lange gibt, auch in Österreich Wirklichkeit werden“, sagte Kurz.

Matthias Röder (Wien)

Internet:

- Haus der Geschichte <http://dpaq.de/0hXSx>

KULTURPOLITIK

Ulrike Lorenz leitet Klassik Stiftung Weimar

Weimar (dpa) – Die Mannheimer Kunsthallen-Chefin Ulrike Lorenz wird als erste Frau an die Spitze der Klassik Stiftung Weimar rücken. Der Stiftungsrat wählte die 55-Jährige am 6. November einstimmig zur neuen Präsidentin. Sie folgt zum August 2019 auf Hellmut Seemann, der die Stiftung seit 2001 leitet. Lorenz kündigte in Weimar einen „Perspektivwechsel“ an. Sie wolle den Blick weg von der „reinen Konstruktion und Rekonstruktion“ hin zu dem richten, „was uns unmittelbar in der Gegenwart beschäftigt“.

Lorenz will in ihrem Programm den politischen Aspekt stärker in den Blick nehmen: „Es gibt riesige Debatten, die Demokratie um uns herum wird fragiler. Wir brauchen Orientierung und ich glaube, dass die Stiftung als Hüter eines national relevanten Schatzes hier ganz eindeutig Signale setzen muss – in die Orientierungsdebatte in der deutschen Öffentlichkeit und darüber hinaus. Es gilt, ein modernes Deutschlandbild in die Welt zu transportieren.“

Thüringens Kulturminister Benjamin-Immanuel Hoff (Linke) sprach von einem „epochalen Einschnitt“. Die in Gera geborene Lorenz gilt als Experte für die Kunst der Moderne und der Gegenwart. Sie hatte sich gegen mehrere Kandidaten durchgesetzt, die eine Findungskommission angesprochen hatte. Die Mittfünfzigerin, die in Leipzig Kulturwissenschaft und Archäologie studiert hat, leitet seit 2009 die Mannheimer Kunsthalle.

Ihr Wechsel fällt in eine Zeit, in der die Klassik Stiftung vor wichtigen Herausforderungen steht. Mehrere Großprojekte stehen an: Am 5. April 2019 soll das neue Bauhaus Museum eröffnen. An dem Tag vor 100 Jahren wurde von Walter Gropius das Staatliche Bauhaus in Weimar gegründet.

Minister: Lorenz kann privates Kapital akquirieren

Neben der Großbaustelle Bauhaus Museum wird derzeit das Stadtschloss Weimar saniert. Das ehemalige Residenzschloss der Weimarer Herzöge soll für insgesamt 40 Millionen Euro zu großen Teilen instandgesetzt werden. Danach ist das nächste große Projekt geplant: Das Weimarer Wohnhaus von Goethe am Frauenplan soll voraussichtlich von Herbst 2019 an saniert werden.

Hoff betonte, Lorenz habe Erfahrung darin, privates Kapital zu akquirieren. In der Vergangenheit wurde wiederholt über die Finanzierung der Klassik Stiftung diskutiert, die anteilig von Bund, Land und Kommune übernommen wird. Lorenz sprach von neuen Netzwerken, die sie sich vorstellen könne: „Wir brauchen Botschafter, wir brauchen neben dem wissenschaftlichen Beirat sicher auch ein Advisory Board in die deutsche Wirtschaft hinein.“

Als zweitgrößte Kulturstiftung Deutschlands verwaltet die Klassik Stiftung das kulturelle Erbe der Weimarer Klassik, also der Zeit im 18. und 19. Jahrhundert, als unter anderem die Dichter Johann Wolfgang von Goethe und Friedrich Schiller in Weimar lebten. Gleichzeitig beschäftigt sie sich mit den Nachwirkungen der Weimarer Klassik auf die Kunst des 19. Jahrhunderts und die Moderne. Die Stiftung betreut mehr als 20 Museen, Schlösser, Parks, Literatur- und Kunstsammlungen. Einige der Gebäude zählen zum Unesco-Weltkulturerbe.

Lisa Forster (Weimar)

Sanierung des Pergamonmuseums schwierig

Berlin (dpa) – Der Pergamonaltar gilt vielen Forschern als achtes Weltwunder der Antike. Jahr für Jahr kamen weit mehr als eine Million Menschen auf die Berliner Museumsinsel, um das einzigartige Kunstwerk aus der griechischen Metropole in Kleinasien zu besichtigen.

Doch seit mehr als vier Jahren ist der über 30 mal 30 Meter große Steinkoloss mit dem legendären Gigantenfries hinter einer undurchdringlichen Schutzwand verschwunden. Das eigens dafür gebaute Pergamonmuseum, Berlins größtes und beliebtestes Museum, wird erstmals seit seiner Eröffnung 1930 von Grund auf saniert. Schon früh gab es Schlagzeilen wegen explodierender Kosten, alles dauert länger als geplant.

Der ehrwürdige Altarsaal gleicht inzwischen einem Gerüstwald. 18 Meter hoch ragen zahllose Stahlstützen bis unter die Decke, mit Streben und Kreuzrippen vernetzt wie der Innenraum einer gotischen Kirche. Sie halten eine Schwerlastebene, von der aus derzeit die marode Lichtdecke erneuert wird.

Tageslicht auf den antiken Friesen soll erhalten bleiben

„Das Revolutionäre am Pergamonmuseum war einst, dass die Besucher die antike Architektur hier authentisch erleben konnten, in Originalgröße und mit Tageslicht“, sagt Gesamtprojektleiter Frank Röger vom Bundesamt für Raumordnung und Bauwesen, der über die Mammutbaustelle führt. „Diese Inszenierung hat den Weltruhm des Museums begründet. Das wollen wir erhalten.“

Dafür müssen rund 2500 Quadratmeter Lichtdecken und 5300 Quadratmeter Glasdächer erneuert werden. Der Hellenistische Saal ist praktisch fertig, im Pergamonsaal laufen die Arbeiten auf Hochtouren. „Wir haben die Auflage vom Landesdenkmalamt, die alte Stahlkonstruktion zu erhalten. Des-

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 46/2018 12. November 2018 - KULTURPOLITIK

halb bauen wir die neue um die alten historischen Fachwerkträger herum, was die Sache nicht unbedingt einfacher macht“, sagt Projektleiterin Astrid Marlow.

Die Herausforderungen sind noch größer als bisher bei der Generalsanierung der Museumsinsel. Denn schon früh entschieden die Verantwortlichen, die mit der Architektur verbundenen und oft fragilen Großobjekte aus Sicherheitsgründen nicht auszubauen. Sie bleiben während der gesamten Bauzeit im Haus und werden mit einem ausgeklügelten Kontrollsystem überwacht. „Eine Operation am offenen Herzen“ nennt der Präsident der verantwortlichen Stiftung Preußischer Kulturbesitz, Hermann Parzinger, das Vorgehen.

„Während der gesamten Bauzeit bisher haben wir den Grenzwert für Erschütterungen 34 Mal und den Grenzwert für Setzungen 18 Mal erreicht“, sagt Astrid Marlow. Inzwischen sind die heiklen Abbruch- und Tiefbauarbeiten fast abgeschlossen, das Kontrollsystem wird Anfang 2019 abgebaut. „Der Aufwand hat sich rentiert: Keines der eingebauten Exponate hat Schaden genommen“, so Marlow.

Museum soll auch modernste Technikansprüche erfüllen

Eigentlich hatte der erste Bauabschnitt mit dem Nordflügel und dem Pergamonsaal schon 2019 fertig sein sollen. 2016 wurde der Termin wegen zahlreicher Schwierigkeiten auf 2023 verschoben. Inzwischen sind die Bauherren nochmal vorsichtiger. „Im Frühjahr 2019 wollen wir Richtfest feiern und dann einen terminlichen Ausblick für die Fertigstellung des ersten Bauabschnitts vorlegen“, kündigt Projektleiter Röger an.

Künftig soll das Haus rundum modernen Museumsstandards entsprechen. Nach den Plänen des 2007 verstorbenen Architekten Oswald Mathias Ungers entsteht im Innenhof des gewaltigen Flügelbaus ein neuer zentraler Eingang, ein vierter Flügel ist geplant und eine archäologische Promenade, die später einmal die fünf Häuser der Museumsinsel unterirdisch verbinden soll.

Sorgen macht den Verantwortlichen, dass das Publikumsinteresse durch die Sanierung drastisch zurückgeht. Seit 2012 hat sich die Zahl der Besucher auf nur mehr rund 700 000 fast halbiert. Neuen Schwung soll nun das temporäre Ausstellungsprojekt „Pergamonmuseum. Das Panorama“ bringen, das am 17. November in einem Übergangsquartier direkt gegenüber der Museumsinsel öffnet. Dort werden rund 80 hochkarätige Originalwerke aus Pergamon zu sehen sein. Den Altar selbst hat der Künstler Yadegar Asisi in einem Rundpanorama neu inszeniert.

Nada Weigelt (Berlin)

Internet:

- 3D-Modell des Pergamonaltars <http://dpaq.de/3xGe2>
- Preußenstiftung zum Sanierungsprojekt <http://dpaq.de/OS4ZQ>

Bundesbauamt zur Sanierung (mit weiteren Links) <http://dpaq.de/g4SjY>

- Ankündigung Pergamon Panorama http://dpaq.de/ggi7_4

Neues Museum zum Magdeburger Dom geöffnet

Magdeburg (dpa) – Das Magdeburger Wahrzeichen, der Dom, hat jetzt ein eigenes Museum in direkter Nachbarschaft: Zum ersten offiziellen Eröffnungstag am 4. November wurden rund 600 Besucher gezählt. Allein in der ersten Stunde mit freiem Eintritt seien am Vormittag gut 150 Menschen gekommen, sagte die Sprecherin der Kulturstiftung Sachsen-Anhalt.

Das Museum mit dem Namen Ottonianum informiert mit einer multimediale Ausstellung und zahlreichen archäologischen Funden über die Geschichte der ersten gotischen Kathedrale auf deutschem Boden. Rund 100 Exponate, darunter viele Originalfunde, sind dort auf etwa 650 Quadratmetern zu sehen. Im Mittelpunkt stehen der mittelalterliche Kaiser Otto der Große und seine Frau Editha.

Die Verantwortlichen zeigten sich zufrieden mit der Besucherresonanz. „Das hat perfekt gepasst“, sagte die Sprecherin. Besonders gut sei die Projektion einer alten Zeichnung aus dem Kreuzgang des Doms angekommen. Dort können sich die Besucher fotografieren lassen und erscheinen virtuell in mittelalterlicher Kleidung an der Seite von Kaiser Otto. Binnen eines Jahres erwartet das neue Dommuseum nach eigenen Angaben 50 000 Besucher. Ab Januar hätten sich bereits zahlreiche Busreisegruppen angekündigt. Zudem soll das Museum auf der wichtigen Berliner Tourismusbörse ITB beworben werden.

Alte Reichsbank wurde zu Museum umgestaltet

Bevor das neue Museum für reguläre Besucher seine Tore aufsperrte, wurde es am 3. November bereits mit 600 geladenen Gästen gefeiert. Ministerpräsident Reiner Haseloff (CDU) sagte zu diesem Anlass: „Der Magdeburger Dom ist keineswegs nur wichtigstes Wahrzeichen dieser geschichtsträchtigen Stadt an der Elbe, er ist Teil unserer Landesidentität.“ Das Museum sei ein Anziehungspunkt, der den Kulturtourismus noch attraktiver werden lasse – und ein wichtiger Schritt im Bewerbungsverfahren Magdeburgs für die Kulturhauptstadt Europas im Jahr 2025.

Das neue Ausstellungshaus wurde im Gebäude der ehemaligen Reichsbank eingerichtet – nur einen Steinwurf vom Gotteshaus entfernt. Vom Mu-

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 46/2018 12. November 2018 - KULTURPOLITIK

seumscafé „Editha“ aus können die Besucher auf die Domkulisse schauen. Das nutzten laut Kulturstiftung schon zahlreiche Gäste.

Im von Tageslicht durchfluteten Museum selbst erzählen Videos und Animationen die Entwicklung der Stadt Magdeburg und die Entstehung des Domes. Am Eröffnungstag habe etwa eine Hörstation viele Kinder angezogen, in der die Wasserspeier des Domes sich miteinander unterhalten und sich als scheinbare Augenzeugen anschaulich an die Domweihe erinnern, sagte die Sprecherin der Kulturstiftung. Zwischen den Multimedia-Angeboten finden sich Original-Exponate – darunter auch der Bleisarg von Königin Editha. Ein großer Erdblock zeigt, wie die Archäologen vorgehen: Er besteht aus mehreren Erdschichten und wurde bei Arbeiten am Domplatz ausgegraben.

Dörthe Hein (Magdeburg)

Internet:

- Infos Ottonianum <http://dpaq.de/wCj9q>
- Infos Magdeburger Dom <http://dpaq.de/TF0hm>

Mainzer Archäologin will sich aktuell einbringen

Mainz (dpa) – Archäologische Forschung will angesichts globaler Herausforderungen einen wesentlichen Beitrag zu einem besseren Verständnis der Menschen leisten – mit diesem Anspruch hat die neue Generaldirektorin des Mainzer Forschungsmuseums RGZM, Alexandra Busch, ihr Amt angetreten. Es sei ein „irriger Glaube, Archäologie sei verstaubt, würde sich vor allem mit alten Töpfen beschäftigen und habe nichts beizutragen zu aktuellen Debatten“, sagte die Wissenschaftlerin am 3. November in Mainz. „Dem ist nicht so.“

In einer „postfaktischen Zeit“ müsse Wissenschaft lauter, politischer und im gesellschaftlichen Leben präsenter werden, forderte die neue Chefin des Römisch-Germanischen Zentralmuseums (RGZM). Die 43-jährige Archäologin ist Nachfolgerin von Falko Daim, der sich Ende Februar in den Ruhestand verabschiedet hatte.

Mit der Berufung Buschs beginne eine neue Ära für das zweitgrößte archäologische Forschungsinstitut in Deutschland, sagte der rheinland-pfälzische Wissenschaftsminister Konrad Wolf (SPD). Größte außeruniversitäre Einrichtung des Fachs ist das Deutsche Archäologische Institut (DAI) in Berlin.

Die Experten am RGZM sind international gefragt, wenn es um die Restaurierung kostbarer Funde geht. So befestigten sie etwa den Bart der goldenen Totenmaske von Pharao Tutanchamun (um 1330 v. Chr.), der sich

2014 bei Reinigungsarbeiten im Ägyptischen Museum gelöst hatte. Zuletzt restaurierten die RGZM-Werkstätten in Mainz die auf einem Acker in Bulgarien vergrabene goldene Halskette der byzantinischen Prinzessin Maria-Irene aus dem 10. Jahrhundert für eine Ausstellung im Pariser Louvre.

Internet:

- Römisch-Germanisches Zentralmuseum <http://dpaq.de/b015H>

Grütters: Leipzig sollte endlich Einheitsdenkmal bekommen

Leipzig (dpa) – Die Stadt Leipzig sollte aus Sicht von Kulturstaatsministerin Monika Grütters (CDU) doch noch ihr Freiheits- und Einheitsdenkmal bekommen. Sie finde es bedauerlich, „dass ausgerechnet in Leipzig, wo im Oktober 1989 die Macht von SED und Stasi durch ein friedlich aufbegehrendes Volk gebrochen wurde, immer noch nicht angemessen an dieses herausragende Ereignis erinnert wird“, sagte Grütters am 5. November in Leipzig. Dort eröffnete sie die völlig neukonzipierte Dauerausstellung des Zeitgeschichtlichen Forums zu Repression und Widerstand in der DDR.

Die Bürger sollten sich mit „Beharrlichkeit, Einfallsreichtum und Kreativität“ dafür einsetzen, „dass auch die Heldenstadt von 1989 endlich – wie auch immer es aussehen mag – ihr Denkmal bekommt“, sagte die Kulturstaatsministerin. 2014 war ein Denkmals-Entwurf mit 70 000 bunten Würfeln nach jahrelangem Streit und juristischen Querelen auf Eis gelegt worden. Seither wurde immer wieder überlegt, wie ein neuer Anlauf für ein Denkmal unternommen werden könnte.

Bund gibt eine Million Euro für Lichtfest 2019 in Leipzig

Zur Feier des 30. Jahrestages der großen friedlichen Demonstration gegen die DDR-Diktatur bekommt Leipzig eine Million Euro Unterstützung vom Bund. Dies hat der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages zur Finanzierung des Lichtfestes 2019 freigegeben. Eine aktive Erinnerungskultur sei wichtig, denn die Demokratie sei nicht selbstverständlich, sagte die Leipziger SPD-Bundestagsabgeordnete Daniela Kolbe am 9. November. „Damals war es die diktatorische Staatsgewalt, die Freiheit und Demokratie unterdrückte. Heute sind es die Rechtspopulisten, die gegen Minderheiten hetzen und demokratische Grundsätze untergraben.“

Mehr als 70 000 Menschen waren am 9. Oktober 1989 aus Protest über den Innenstadtring in Leipzig gezogen. Damit wurde der Weg zum Fall der Berliner Mauer und zur Einheit Deutschlands eingeleitet.

BERUF UND WEITERBILDUNG

Deutscher Beschäftigungsboom hält an

Berlin (dpa) – Der deutsche Arbeitsmarkt dürfte auch in den kommenden Jahren von Beschäftigung auf Rekordniveau profitieren. Das geht aus Prognosen der Wirtschaft und auch der Bundesregierung hervor. Weil zunehmend Fachkräfte fehlen, erweist sich der stellenweise leergefegte Arbeitsmarkt allerdings auch für viele Unternehmen als Problem: Nach einer Untersuchung der staatlichen Förderbank KfW befürchten 65 Prozent der mittelständischen Betriebe, dass freie Stellen nur mit Abstrichen, verzögert oder überhaupt nicht besetzt werden können.

Die Industrie- und Handelskammern rechnen 2019 mit einer halben Million neuer Stellen in Deutschland. Mit 120 000 neuen Jobs soll vor allem der Dienstleistungssektor wachsen, wie die „Saarbrücker Zeitung“ am 3. November berichtete. Für die Prognose befragte der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK) etwa 27 000 Unternehmen.

Aktuell (Stand September) sind nach Angaben des Statistischen Bundesamtes gut 45 Millionen Menschen in Deutschland erwerbstätig, 557 000 mehr als vor Jahresfrist und so viele wie noch nie seit der Wiedervereinigung. Die Rekordbeschäftigung ist seit Jahren eine wichtige Stütze des deutschen Daueraufschwungs.

Bundesarbeitsminister: andere Arbeitsplätze – Bildung wichtig

Bundesarbeitsminister Hubertus Heil (SPD) rechnet zwar damit, dass in den kommenden sieben Jahren wegen des technischen Fortschritts 1,3 Millionen Arbeitsplätze entfallen. „Es entstehen aber auch 2,1 Millionen neue Jobs“, sagte Heil den Zeitungen der Funke-Mediengruppe. „Uns geht die Arbeit nicht aus, aber es wird andere Arbeit sein.“

Für den Zeitraum bis zum Jahr 2035 sähen die Prognosen allerdings nicht ganz so gut aus, sagte der Minister. Bis dahin würden 3,3 Millionen neue Jobs entstehen und vier Millionen verschwinden. Daher seien Qualifizierung, Weiterbildung und Umschulung wichtig. „Jetzt geht es darum, dass die Arbeitnehmer von heute auch die Arbeit von morgen machen können.“

Bildung rückt auch die KfW in den Fokus: Mittelfristig befürchtet die Förderbank einen verschärften Fachkräftemangel, wenn ab etwa 2025 die Baby-Boomer in Rente gehen. Deutschland brauche in den kommenden Jahren zweifellos viel mehr qualifizierte Zuwanderer als zuvor, argumentierte KfW-Chefvolkswirt Jörg Zeuner. Sinnvoll seien zudem Investitionen in den Ausbau von Kitas, Ganztagschulen und Weiterbildung.

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 46/2018 12. November 2018 - BERUF UND WEITERBILDUNG

Im kommenden Jahr sollen nach Angaben des DIHK je 90 000 Jobs in Handel, Verkehr, Gastgewerbe und Industrie entstehen. Auch im Baugewerbe erwartet der Verband noch einen Zuwachs, der mit 50 000 erwarteten Stellen allerdings geringer ausfällt. Im laufenden Jahr rechnet der DIHK mit einem noch größeren Plus – von insgesamt 580 000 Stellen.

Als Grund für die anhaltend hohe Nachfrage nannte Verbandspräsident Eric Schweitzer unter anderem den Fachkräftemangel. „Händeringend suchen die Unternehmen nach Personal.“ Mittlerweile sähen mehr als drei Fünftel der Unternehmen darin ein Geschäftsrisiko.

Auch die Bundesagentur für Arbeit verzeichnete zuletzt eine hohe Nachfrage. Die Zahl der offenen Stellen sei so hoch wie nie zuvor, teilte die Agentur Ende Oktober mit. Die Arbeitslosenquote war im Oktober unter die 5-Prozent-Marke gesunken – zum ersten Mal im wiedervereinigten Deutschland.

Oliver Beckhoff und Thomas Kaufner (Berlin)

Internet:

- DIHK – Presse <http://dpaq.de/ogRIA>

Bundesregierung: Neue Weiterbildungskultur

Berlin (dpa) – Die Bundesregierung will auch mit einer neuen „Weiterbildungskultur“ dem Fachkräftemangel in Deutschland entgegenwirken. Konkret gelte es, alle Erwerbstätigen dabei zu unterstützen, ihre Qualifikationen und Kompetenzen im Wandel der Arbeitswelt zu erhalten und anzupassen, hieß es in einer von mehreren Bundesministerien am 6. November herausgegebenen Mitteilung. Mehrere Mitglieder des Kabinetts stellten bei einer Veranstaltung mit den Sozialpartnern in Berlin eine Fachkräftestrategie vor. Neben der Qualifizierung inländischer Fachkräfte gehe es um das Gewinnen europäischer und internationaler Arbeitnehmer. Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) bezeichnete den Fachkräftemangel als ernste Herausforderung für die Wirtschaft.

Bundes-CDU will Weiterbildung umkrempeln

Berlin (dpa) – Lebenslanges Lernen wird angesichts des rasanten digitalen Wandels immer wichtiger – die CDU will deswegen die Weiterbildung in Deutschland stärken und grundlegend umkrempeln. Geplant ist der Aufbau einer neuen Internet-Plattform, um bisherige Angebote zu bündeln. Damit

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 46/2018 12. November 2018 - BERUF UND WEITERBILDUNG

verbunden wären zusätzliche Kosten in Höhe von einer Milliarde bis drei Milliarden Euro.

„Wir wollen einen neuen Markt für E-Learning schaffen“, sagte der CDU-Bundestagsabgeordnete Thomas Heilmann, Leiter einer fraktionsinternen Arbeitsgruppe. Die Digitalisierung werde Tätigkeiten von Beschäftigten fundamental verändern. Diese müssten ihre Kompetenzen fortdauernd anpassen. Weiterbildung könne der wichtigste Standortfaktor für Deutschland werden.

Das Konzept wurde am 5. November im CDU-Bundesvorstand beraten. Heilmann sagte, bisher bilde sich ein Großteil der Bevölkerung gar nicht oder zu wenig weiter. Das bisherige Weiterbildungssystem in Deutschland sei außerdem unübersichtlich, nicht zentral und nicht individuell genug, außerdem werde der Erfolg nicht richtig gemessen.

CDU für Plattform Milla als Berufsnetzwerk

Konkret schlägt die CDU eine neue Plattform namens „Milla“ vor. Die Abkürzung steht für: „Modulares Interaktives Lebensbegleitendes Lernen für Alle“. Auf der Plattform soll das bisherige Angebot gebündelt werden – von traditionellen Anbietern wie Volks- und Hochschulen, von Einzelpersonen, aber auch von Gewerkschaften und Unternehmen. „Milla“ soll außerdem ein Berufsnetzwerk sein. „Kompetenzpunkte“ für abgeschlossene Kurse sollen Prämien und Nachweise für den Arbeitsmarkt bringen. Die Qualität der Angebote soll fortlaufend staatlich geprüft werden.

Ziel ist es laut Heilmann, im ersten Halbjahr 2019 innerhalb der schwarz-roten Koalition eine neue Weiterbildungsstrategie zu erarbeiten. Erste Teile der neuen Plattform könnten dann 2020 oder 2021 starten. Eine neue Weiterbildungsstrategie ist Teil eines geplanten neuen Fachkräftekonzepts der Bundesregierung vor dem Hintergrund eines zunehmenden Fachkräftemangels.

Andreas Hoenig (Berlin)

Azubis sollten mindestens 504 Euro verdienen

Berlin (dpa) – Die von der Bundesregierung geplante Mindestvergütung für Azubis sollte nach Ansicht von Bildungsministerin Anja Karliczek (CDU) bei 504 Euro starten. Sie wolle die Untergrenze an den Schüler-BAföG koppeln, sagte die CDU-Politikerin am 8. November beim Tag der Berufsbildung des Gewerkschaftsbunds DGB. Im zweiten Ausbildungsjahr sollen

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 46/2018 12. November 2018 - BERUF UND WEITERBILDUNG

fünf Prozent dazukommen, im dritten Jahr zehn Prozent und im vierten 15 Prozent, jeweils ausgehend vom ersten Jahr.

Der DGB hält das für zu wenig. „So läuft die Mindestvergütung für Azubis weitgehend ins Leere“, sagte die DGB-Vizevorsitzende Elke Hannack der Deutschen Presse-Agentur. Karliczek's Vorschlag sei eine „Mogelpackung“, die verkenne, dass Azubis zum Gewinn der Unternehmen beitragen. Schon heute lägen nahezu sämtliche Vergütungen für Azubis weit oberhalb der 504 Euro. „Da muss noch eine kräftige Schippe drauf“, forderte Hannack.

Auch die SPD lehnte den Vorstoß Karliczek's ab. Die Ministerin presche nun „nach Monaten der Untätigkeit mit nicht nachvollziehbaren und unabgestimmten Vorschlägen“ vor, sagte die Sprecherin für Berufsausbildung der SPD-Fraktion, Yasmin Fahimi, dem „Handelsblatt“. „Damit wird sie den berechtigten Ansprüchen der Auszubildenden, für ihre Leistung eine angemessene Vergütung zu erhalten, nur unzureichend gerecht.“

Karliczek sagte laut Manuskript, die Mindestvergütung müsse eine von „Maß und Mitte“ sein. „Denn sie soll bundes- und branchenweit gelten: Also nicht nur in Niedersachsen und Hessen, sondern auch in Sachsen und Brandenburg.“ Die Tarifautonomie der Sozialpartner sei ein hohes Gut, staatliche Eingriffe in die Lohnpolitik sollten auf das „sozial Erforderliche“ beschränkt sein.

Karliczek schlug demnach auch vor, den drei geplanten Fortbildungsstufen geschützte Namen zu geben, nämlich „Berufsspezialistin, Berufsbachelor und Berufsmaster“. Damit werde der „Berufsbezug“ deutlich. Gleichzeitig unterstrichen die Namen „Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung“.

Im Koalitionsvertrag haben CDU, CSU und SPD unter anderem vereinbart, eine Mindest-Ausbildungsvergütung einzuführen. Das Gesetz soll bis zum 1. August 2019 beschlossen werden und Anfang 2020 in Kraft treten.

Teresa Dapp (Berlin)

FORSCHUNGSPOLITIK

„Alice“ auf den Spuren des Urknalls

Genf (dpa) – Kurz vor einer zweijährigen Betriebspause schaltet der weltgrößte Teilchenbeschleuniger bei der Europäischen Organisation für Kernforschung (Cern) noch einmal in einen anderen Gang. Seit dem 7. November läuft die Maschine mit Blei-Ionen statt Protonen auf Hochtouren. Die Blei-Ionen werden in dem 27 Kilometer langen ringförmigen Tunnel unter der Erde mit nahezu Lichtgeschwindigkeit zur Kollision gebracht. Worum geht es?

Am 3. Dezember wird der Beschleuniger für eine routinemäßige Wartung abgeschaltet. Bis dahin kommt das Experiment „Alice“ zum Zuge. „Wir wollen das Quark-Gluon-Plasma erzeugen“, sagte Physiker Robert Münzer von der Universität Frankfurt, mitverantwortlich für das Experiment.

Plasma entsteht, wenn Kernmaterie sehr stark erhitzt wird. Quarks sind die Bestandteile von Protonen und Neutronen, Gluonen die Elemente, die Quarks verbinden – vom englischen „glue“ für Kleber. Die Blei-Ionen zerfallen bei entsprechender Hitze in diese Bestandteile. Unvorstellbarer Hitze. „Wir brauchen bis zu 200 000 Mal die Kerntemperatur der Sonne“, sagte Münzer. „In dem Zustand müsste etwa die Materie gewesen sein, kurz nach dem Urknall.“ Das war vor fast 14 Milliarden Jahren. „Wir wollen herausfinden, was innerhalb der ersten Nanosekunden des Weltalls vor sich gegangen ist.“

Je mehr Daten desto zuverlässiger die Rückschlüsse auf den Urknall

Der Moment, in dem Blei-Ionen in Quarks und Gluonen zerfallen, hält weniger als eine trilliardstel Sekunde an. Dabei werden Teilchen erzeugt, die aus dem Beschleuniger fliegen. Es sind etwa 4000 pro Bleikern-Kollision, ihre Spuren können von Münzer und seinen Kollegen mit Messinstrumenten erfasst und analysiert werden. Aus den Ergebnissen lässt sich auf die Entstehung von Materie kurz nach dem Urknall rückschließen, so die Hoffnung.

Seit Blei-Ionen in entgegengesetzter Richtung durch den Beschleuniger gejagt werden, ist Münzer in Daueralarmbereitschaft, auch um 04.00 Uhr morgens. „Ich schlafe dann praktisch neben meinem Telefon“, sagte er. Probleme mit Druck, Temperatur oder der Hochspannung müssen sofort behoben werden, damit die Teilchen weiter gemessen werden können. Je mehr Daten, desto mehr lernen die Physiker über die Anfänge des Universums.

Physiker vom GSI Helmholtzzentrum für Schwerionenforschung in Darmstadt sowie von den Universitäten Heidelberg, Münster und Breslau haben

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 46/2018 12. November 2018 - FORSCHUNGSPOLITIK

gerade erst gezeigt, wie wertvoll „Alice“ ist. Sie konnten anhand der Experimente theoretische Vorhersagen bestätigen, etwa, dass aus Quark-Gluon-Plasma bei 156 Megaelektronenvolt Materiebausteine wie Protonen, Neutronen oder Atomkerne hervorgehen. „Das entspricht einer Temperatur, die 120 000 Mal heißer ist als das Innere der Sonne“, berichteten sie.

Wenn der Beschleuniger am 3. Dezember abgeschaltet wird, werden neben der Wartung auch umfangreiche Baumaßnahmen für eine Runderneuerung vorangetrieben. Die Maschine soll noch leistungsstärker werden. Die Physiker bekommen zur Zeit eine Milliarde Protonenkollisionen pro Sekunde. Mit neu entwickelten Materialien und stärkeren Magneten sollen es in ein paar Jahren fünf Milliarden sein.

Auch die „Alice“-Physiker profitieren. „Mit unseren Blei-Ionen bekommen wir heute etwa 10 000 Kollisionen pro Sekunde“, sagte Münzer. „Nach dem Umbau werden es 50 000 sein.“ Auch die 10 000 Tonnen schwere „Alice“ – ein 16 mal 26 Meter langer Detektor – bekommt ein umfassendes „Lifting“. Mit neuen Messinstrumenten können die riesigen zusätzlichen Datenmengen dann verarbeitet werden.

Christiane Oelrich (Genf)

Internet:

- Mitteilung des Helmholtzzentrums für Schwerionenforschung GSI <http://dpaq.de/utfXR>
- Cern zu Alice (englisch) <http://dpaq.de/fa6Yl>
- Cern zu Alice (deutsch) <http://dpaq.de/TOGRm>

Der Fang großer Fische im Weltall

Bremen (dpa) – Ein kleiner Satellit schwirrt durch den Weltraum. Ein sternförmiges Netz fliegt ihm entgegen, fängt ihn und zieht sich rasch um ihn herum zu. Möglich machen das kleine Motoren an den sechs Enden. „Damit der Fisch, den man gefangen hat, nicht mehr entwischt“, sagt Projektleiter Ingo Retat vom Raumfahrtkonzern Airbus Defence and Space in Bremen. Gerade haben er und seine Kollegen das Fangnetz zum ersten Mal erfolgreich im Weltraum getestet. Künftig könnten Satelliten damit auf Jagd nach Weltraumschrott gehen. Als eine Art kosmische Müllabfuhr.

Abgebrannte Raketenoberstufen, tote Satelliten, von Astronauten verlorenes Werkzeug – rund 166 Millionen Schrottteile verschiedenster Größe kreisen nach Angaben der Europäischen Raumfahrtagentur Esa um die Erde. Schon heute überwachen die USA rund 21 000 Fragmente mit einem Durchmesser von mindestens 10 Zentimetern. „Die Diskussion über die Entsorgung hat Fahrt aufgenommen“, sagt der Esa-Experte Holger Krag.

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 46/2018 12. November 2018 - FORSCHUNGSPOLITIK

„Man muss sich darauf einstellen, dass es künftig einen regulativen Zwang geben wird, Müll im Weltraum zu beseitigen.“

Wie das funktionieren könnte, will die von der EU geförderte Mission „RemoveDEBRIS“ unter Leitung der Universität im britischen Surrey demonstrieren. Im Sommer startete dafür ein Forschungssatellit von der Internationalen Raumstation ISS ins Weltall, der – inspiriert vom Fischfang – mit Netz und Harpune Objekte einfangen soll. Sechs Jahre haben die Airbus-Experten das Netz im Labor und bei Flügen in Schwerelosigkeit getestet.

Dass es im Prinzip funktioniert, hat der Test im All jüngst bewiesen. Doch danach ist es samt Beute einfach in die unendliche Weite davon getrudelt. Bei einer echten Mission würde die Raumsonde den eingefangenen Schrott über eine Leine einholen. Anfang 2019 soll die ebenfalls von Airbus gebaute Harpune zum Einsatz kommen. Diese ist zielgenauer als das Netz, eignet sich nach Angaben von Retat aber nicht so gut für rotierende Objekte oder welche mit Tank – wegen der Explosionsgefahr.

Etwa zwei- bis dreimal pro Jahr müssen Satelliten Müll ausweichen. Auch die ISS musste deshalb schon mehrmals ihre Bahn geringfügig ändern. „Die Gefahr durch Weltraumschrott ist zurzeit noch nicht sehr groß“, sagt Manuel Metz vom Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt. „Das kann sich in Zukunft aber ändern, auch durch die Kommerzialisierung der Raumfahrt.“ Doch die Entwicklung von Technologien, die den Schrott beseitigen können, steht noch am Anfang. „Das Hauptziel werden große Objekte sein, und es müssten immer mehrere auf einmal entfernt werden, weil es sonst zu teuer wird“, prognostiziert Metz.

Wissenschaftler verschiedener Nationen arbeiten an Lösungen

Japanische und australische Wissenschaftler arbeiten zurzeit an einer neuen Methode, um Weltraumschrott mit Hilfe eines Plasmastrahls abzubremesen. Dadurch soll dieser schneller in die Erdatmosphäre eintreten, wo er verglüht.

Das Problem dabei: Wenn ein Satellit einen Plasmastrahl ausstößt, wird er in die andere Richtung weggedrückt. Er bräuchte also einen zweiten Antrieb, der ihn auf Kurs hält. Forscher um Kazunori Takahashi von der Tohoku Universität haben jetzt ein System entwickelt, das zwei entgegengesetzte Plasmastrahlen ausstößt und so den Satelliten steuert. „Unsere Entdeckung wird einen wichtigen Beitrag zur Nachhaltigkeit im Weltraum leisten“, ist sich Takahashi sicher. Doch wann dessen Entwicklung komplett abgeschlossen ist, kann er noch nicht sagen.

Deshalb ist das oberste Gebot: Neuen Weltraumschrott vermeiden. Vor 15 Jahren haben sich 13 Raumfahrtagenturen auf Vorschriften geeinigt, was

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 46/2018 12. November 2018 - FORSCHUNGSPOLITIK

mit Satelliten am Ende ihrer Lebensdauer geschehen muss. Danach müssen diese in der niedrigen Erdumlaufbahn spätestens nach 25 Jahren in der Erdatmosphäre verglühen, erläutert DLR-Experte Metz. Kommunikations- und TV-Satelliten im vergleichsweise höheren geostationären Orbit müssten auf eine sogenannte Friedhofsbahn mindestens 235 Kilometer weiter weg gebracht werden. „Das sind aber nur Richtlinien“, sagt Metz. „Es gibt kein weltweites Gesetz und keine Sanktionen.“

Eine Möglichkeit, Weltraumschrott zu vermeiden, wollen die Experten auch in der „RemoveDEBRIS“-Mission testen. An deren Ende soll der Forschungssatellit ein 25 Quadratmeter großes Segel entfalten. Dieses soll die Sonde innerhalb von acht Wochen aus 400 Kilometern Höhe für ein feuriges Ende in die Erdatmosphäre bringen. Ohne das Segel würde das mehr als zweieinhalb Jahre dauern.

Irena Güttel (Bremen)

Internet:

- Pressemitteilung und Video zum Einsatz des Netzes <http://dpaq.de/7WBue>
- Infos vom DLR zum Weltraumschrott <http://dpaq.de/pV84J>
- Airbus-Pressemitteilung zum Start der Mission <http://dpaq.de/FwjHd>
- Infos der Esa zu Weltraummüll <http://dpaq.de/O26Va>
- Pressemitteilung zur Weltraumschrott-Entsorgung mit Plasmastrahl <http://dpaq.de/0dq0K>

Baden-Württemberg will Künstliche Intelligenz vorantreiben

Stuttgart (dpa) – Die grün-schwarze Landesregierung steckt mehr Geld in die Entwicklung von Künstlicher Intelligenz (KI) und will damit im weltweiten Wettbewerb bei dem Thema bestehen. Im geplanten Nachtragsetat zum laufenden Landeshaushalt 2018/2019 sind dazu Mittel in Höhe von rund 20 Millionen Euro geplant, die unter anderem in wirtschaftsnahe Forschungsprogramme fließen sollen. Das teilte Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) am 6. November in Stuttgart mit. Weitere 100 Millionen Euro stellt die Landesregierung als Kofinanzierung von Projekten im Rahmen einer Bundesstrategie zur Künstlichen Intelligenz und für die Batterieforschung in Aussicht.

Die Landesregierung hatte etwa Ende 2016 zusammen mit Universitäten und Firmen das „Cyber Valley“ im Raum Stuttgart ins Leben gerufen. Das ist ein Forschungsverbund für Künstliche Intelligenz. Insgesamt investieren die Partner – die Max-Planck-Gesellschaft, die Unis Stuttgart und Tübingen, mehrere Stiftungen, die Wirtschaftspartner und das Land – im ersten

Schritt 165 Millionen Euro in den Standort, um ihn so auszubauen, dass er international konkurrenzfähig ist.

Problem: Besonderen Datenschutz dafür entwickeln

Digitalisierungsminister Thomas Strobl (CDU) sagte: „Die Künstliche Intelligenz wird die Universaltechnologie im 21. Jahrhundert werden.“ Wirtschaftsministerin Nicole Hoffmeister-Kraut (CDU) sprach von einem enormen Wettbewerbsdruck, unter dem Deutschland stehe. Die USA, China und Asien investierten schon lange sehr viel Geld in diesen Bereich.

Im vergangenen Jahr seien aus China heraus 48 Prozent der weltweiten Investitionen in Start-ups im Bereich der KI getätigt worden. 38 Prozent seien aus den USA gekommen und 14 Prozent aus dem Rest der Welt. Baden-Württemberg müsse sich hier stärker aufstellen. Nach den Worten von Wissenschaftsministerin Theresia Bauer (Grüne) geht es dabei auch darum, die besten Forscher zur KI anzuziehen.

Deutschland hat laut Kretschmann noch ein besonderes Thema zu bewältigen: den Datenschutz. „Wir müssen sehen, dass wir von einem abwehrenden zu einem gestaltenden Datenschutz kommen.“ Große Datenmengen seien für die Künstliche Intelligenz nun einmal nötig. Jedoch dürften die Menschen nicht „gläsern“ werden.

Bettina Grachtrup (Stuttgart)

„Orion“-Antriebsmodul übergeben – Neuer Mondflug rückt näher

Bremen (dpa) – Weit hinter den Mond, fast eine halbe Million Kilometer von der Erde entfernt – so tief soll das neue US-Raumschiff „Orion“ ins Weltall vordringen und damit so tief wie noch keins zuvor. 2020 soll es zu einem ersten unbemannten Testflug starten und später auch Astronauten transportieren. Diesem Ziel ist die US-Raumfahrtagentur Nasa nun einen Schritt näher gekommen: Das Antriebsmodul, sozusagen das Herzstück des Raumschiffes, ist fertig. Am 2. November nahm die Nasa es offiziell in Bremen entgegen.

Fast 50 Jahre sind seit der ersten Mondlandung vergangen. Jetzt nehmen die USA und auch andere Raumfahrtnationen wie Russland und China den Erdtrabanten wieder ins Visier. „Wir kehren nicht nur zum Mond zurück. Wir gehen tiefer ins Weltall als die Menschheit je zuvor“, sagte der Nasa-Direktor für bemannte Raumfahrt, Bill Gerstenmaier. „Orion“ soll zunächst in einer großen Schleife um den Mond herum fliegen und dann wieder zur

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 46/2018 12. November 2018 - FORSCHUNGSPOLITIK

Erde zurückkehren. Später einmal soll das Raumschiff auch beim Bau einer Raumstation in der Mondumlaufbahn helfen, von der einmal Flüge zum Mars starten sollen.

Doch ohne das Europäische Servicemodul (ESM) könnte „Orion“ gar nicht fliegen. Denn es ist der Antrieb, liefert mit vier Solarsegeln Strom, reguliert die Temperatur im Inneren der Raumkapsel und versorgt die Astronauten mit Wasser und Luft zum Atmen. Der Raumfahrtkonzern Airbus Defence and Space in Bremen hat das 390 Millionen Euro teure Hightech-Raumfahrzeug im Auftrag der Europäischen Raumfahrtagentur Esa entwickelt und gebaut. Vier Jahre haben die Ingenieure dafür gebraucht. Noch nie hätten die Europäer ein so kritisches Teil zu einem US-Raumschiff beigetragen, sagte Nasa-Programmleiter Mark Kirasich.

Bisher längste Reise mit Raumschiff ins All geplant

Am 5. November ging das ESM auf seine erste Reise. Ein Flugzeug brachte den vier Meter hohen Zylinder zum Kennedy Space Center in Florida, wo Ingenieure diesen in den nächsten Monaten mit der Astronautenkapsel verbinden werden. „Das wird noch viel Arbeit“, prognostizierte Kirasich. Beim Jungfernflug soll „Orion“ den Mond umkreisen und dabei mehr als 64 000 Kilometer hinter ihn fliegen. Etwa drei Wochen soll die Mission dauern – laut Nasa länger als bisher jemals ein Raumschiff im Weltraum unterwegs war, ohne an einer Station anzudocken. Dabei wollen die Experten vor allem die Systeme unter Extrembedingungen testen.

Denn für die Mond-Mission gelten hohe Anforderungen. „Ins tiefe Weltall zu fliegen ist etwas ganz anderes als zur Internationalen Raumstation“, sagte der Bremer Airbus-Standortleiter Oliver Juckenhöfel. Die rund 20 000 Bauteile und Komponenten im ESM mussten möglichst leicht und gleichzeitig sicher genug für den Transport von Astronauten sein. Technisch sei das eine Meisterleistung gewesen, sagte Juckenhöfel. Im Werk bauen die Ingenieure und Techniker bereits das zweite Servicemodul zusammen, das nach jüngsten Angaben der Nasa im Sommer 2022, spätestens aber 2023 Astronauten bis hinter den Mond bringen soll.

„Das wird ein historischer Moment“, sagte der Esa-Direktor für bemannte Raumfahrt, David Parker. Und dieser könnte nur der Anfang für einen neuen Wettlauf zum Mond sein: 2023 will auch die private US-Raumfahrtfirma SpaceX erstmals einen Weltraum-Touristen auf eine Reise rund um den Mond schicken. Russland und China wollen bis 2030 Raumfahrer sogar auf dem Mond landen lassen.

Irena Güttel (Bremen)

Internet:

- Infos der Nasa zu Orion <http://dpaq.de/GtV5P>
- Infos von Airbus zum ESM <http://dpaq.de/zZC3x>
- Details zur ersten Mission <http://dpaq.de/ozagf>
- Nasa zum Flug – mit Grafik <http://dpaq.de/Cyk4Z>

Forscher untersuchen Folgen des Abbruchs von Riesen-Eisberg

Bremerhaven (dpa) – Nach dem Abbruch eines gigantischen Eisbergs vom Larsen-C-Schelfeis im Juli 2017 in der Antarktis wollen Wissenschaftler die Folgen in der Region erforschen. Mehr als 50 Experten aus fünf Ländern untersuchen etwa, wie der Meeresboden aussieht, über dem sich bis zu 120 000 Jahre lang Schelfeis befand, wie das Bremerhavener Alfred-Wegener-Institut mitteilte. Das Forschungsschiff Polarstern startet am 10. November aus Bremerhaven, um das Team dort hinzubringen. Zunächst fährt es über Südafrika bis Chile, Anfang Februar soll es dann in die Antarktis weitergehen.

Der abgebrochene Tafelberg war mit einer Fläche von 5800 Quadratkilometern einer der größten Eisberge, den Forscher jemals erfasst haben. Wissenschaftler befürchten, dass durch Abbrüche wie diese langfristig das gesamte Larsen-C-Schelfeis in der Westantarktis zerfallen könnte. Schelfeis sind auf dem Meer schwimmende Eisplatten, die von Gletschern gespeist werden. In den Jahren 1995 und 2002 waren erst das Larsen-A-Schelfeis und später das Larsen-B-Schelfeis fast vollständig zerfallen.

Die Wissenschaftler interessieren sich nun für die durch den Abbruch verursachten Veränderungen im Ökosystem. Austauschprozesse zwischen Ozean und Atmosphäre seien nun möglich und Kleinstalgen könnten in der oberen Wassersäule wachsen, teilte das AWI mit.

Internet:

- AWI-Mitteilung <http://dpaq.de/Ubq75>

Preis für Mikrobiologin Charpentier

Berlin (dpa) – Der mit 40 000 Euro dotierte Berliner Wissenschaftspreis geht in diesem Jahr an Emmanuelle Charpentier, Mit-Entdeckerin der gefeierten Genschere Crispr. Die 49-jährige Mikrobiologin und Professorin aus Frankreich ist Direktorin am Berliner Max-Planck-Institut für Infektions-

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 46/2018 12. November 2018 - FORSCHUNGSPOLITIK

biologie. Sie erhält die Auszeichnung für ihre innovative Forschung in der Genregulation, wie die Senatskanzlei am 7. November mitteilte.

Die Entdeckung der Schere, mit der sich Gene verändern und reparieren lassen, gilt als Jahrhundertcoup. Seitdem wurde Charpentier mit Auszeichnungen, Ehrendoktorwürden und Akademie-Mitgliedschaften überhäuft. Sie wird jedes Jahr als heiße Kandidatin für einen Nobelpreis gehandelt.

Charpentiers Genschere ermöglicht ganz neue Therapien

Der Berliner Wissenschaftspreis würdigt in Berlin entstandene Leistungen in Wissenschaft und Forschung. Das Preisgeld kommt nicht den Forschern persönlich zugute, sondern ihrer Institution – in diesem Jahr dem Max-Planck-Institut für Infektionsbiologie.

Charpentier habe ein neues Kapitel in der Medizinforschung aufgeschlagen, lobte Berlins Regierender Bürgermeister Michael Müller (SPD). Sie bereite die Grundlage für zahlreiche weitere Innovationen. „Mit dem Wissenschaftspreis möchten wir auch ausdrücklich ihre Verdienste um den Wissenschaftsstandort Berlin und die lebenswissenschaftliche Forschung in unserer Stadt würdigen.“

Mit Charpentiers Wunderwerkzeug für Gene lässt sich Erbmateriale auf viele Arten verändern. Das bietet neue Chancen von Pflanzen bis hin zur Humanmedizin – aber auch Risiken. Vieles von dem, was an Therapien für Krankheiten möglich sein könnte, ist in der Medizin noch Zukunftsmusik. An Machbarkeit und möglichen Folgen wird weltweit intensiv geforscht.

Auch Charpentier ist in der Praxis mit dabei. Sie ist Projektleiterin im gerade bewilligten Forschungsfeld „NeuroCure“, das neue Wege in der Erforschung und Behandlung von Erkrankungen des Nervensystems sucht. Freie Universität und Humboldt-Universität hatten den Antrag gemeinsam im Rahmen der Exzellenzstrategie des Bundes und der Länder gestellt und jüngst bewilligt bekommen.

Emmanuelle Charpentier gilt als unkonventionelle Forscherin, für die es ein Leben außerhalb von Forschungslaboren gibt. Sie mag Kleidung mit einem Rock 'n' Roll-Touch. Und später sehe sie sich auf abenteuerlichen Expeditionen, auf Gipfeln oder in der Tiefsee, sagte sie in einem Interview. Dafür halte sie sich fit.

Ulrike von Leszczynski (Berlin)

HOCHSCHULE

Uni Rostock feiert 600. Geburtstag in 2019

Rostock (dpa) – Die Universität Rostock will im kommenden Jahr ihren 600. Geburtstag mit 160 Programmpunkten feiern. Mit ihnen soll das internationale und universitäre Profil der Hochschule reflektiert werden, sagte Unirektor Wolfgang Schareck am 5. November. Zu den großen Veranstaltungen gehörten die multimediale Ausstellung in der Kunsthalle „Experiment Zukunft“ und „Menschen – Wissen – Lebenswege“ im Kulturhistorischen Museum.

Dazu komme ein zweitägiges Sommerfest auf dem Universitätsplatz, das Musiktheaterprojekt „Dead End for Cornelius R.“ und die Akademischen Festtage. Höhepunkte des wissenschaftlichen Programms sind die Hochschulrektorenkonferenz und die Jahresversammlung der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) in der Hansestadt.

Die Universität war 1419 als erste im Ostseeraum gegründet worden. Bedeutende Wissenschaftler haben im Laufe der Jahrhunderte in Rostock studiert, gelehrt oder promoviert: Der dänische Astronom Tycho Brahe, Lehrer von Johannes Kepler, studierte dort ebenso wie die Schriftsteller Fritz Reuter, Erich Kästner und Uwe Johnson.

Walter Kempowski lehrte Literatur- und Kulturgeschichte. Der Entdecker von Troja, Heinrich Schliemann, und der Anthroposoph Rudolf Steiner promovierten an der Hochschule. Albert Einstein bekam im Jahr 1919 die Ehrendoktorwürde, die ihm nach Angaben der Uni auch von den Nazis nicht aberkannt wurde. Der bekannteste Absolvent der jüngeren Geschichte dürfte Altbundespräsident Joachim Gauck sein, der in Rostock Theologie studierte.

Uni-Jubiläum schließt an Stadt-Jubiläum an –Rostock 800 Jahre

Das Jubiläumsjahr beginnt bereits am 12. November mit der Übergabe des Staffelstabs von den Organisatoren der 800-Jahr-Feier Rostocks. Es endet mit einer Festwoche vom 8. bis 12. November 2019. Am eigentlichen Geburtstag, dem 12. November, sind ein Festumzug durch die Innenstadt und ein Akademischer Festakt in der St. Marien-Kirche geplant. Das gesamte Programm kostet rund 1,6 Millionen Euro.

Schareck rechnete damit, dass viele Rostocker für das Programm gewonnen werden können, auch wenn es anders als das „800-Jahr-Fest“ der Stadt gestaltet werde. Es habe einen akademischen Charakter, der ganz bewusst in die Stadt hineingetragen werden soll. Schareck geht davon aus, dass etwa ein Drittel der rund 200 000 Rostocker einen Bezug zur Universität hat.

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 46/2018 12. November 2018 - HOCHSCHULE

Von besonderer Bedeutung sei die Uraufführung der Oper „Dead End for Cornelius R.“ an der Hochschule für Musik und Theater Rostock, die in 2019 ihren 25. Geburtstag feiert. Für dieses Musiktheaterprojekt konnten der Komponist Sven Daigger und die Musiktheaterdramaturgin Sahra Grahneis gewonnen werden. Die Oper basiere auf der im Jahre 1600 in Rostock uraufgeführten Theaterkomödie „Cornelius Relegatus“.

Joachim Mangler (Rostock)

Internet:

- Jubiläumskalender <http://dpaq.de/5mJ4N>

GEW: Mehr Bundesmittel für Hochschulen

Berlin (dpa) – Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft fordert von Bildungsministerin Anja Karliczek (CDU) mehr Bundesmittel für die Hochschulen. Angesichts von unterfinanzierten Unis, zu wenig Professoren und Dozenten mit Kurzzeitverträgen dürfe die Bundesregierung nicht länger tatenlos zusehen. „Die Aufstockung und Verstetigung des 2020 auslaufenden Hochschulpakts wäre dafür ein überfälliger erster Schritt“, erklärte der stellvertretende GEW-Vorsitzende Andreas Keller am 6. November vor einer Mitgliederversammlung der Hochschulrektorenkonferenz.

Derzeit verhandeln Bund und Länder über die Nachfolge des Hochschulpakts 2020. Über die gesamte Laufzeit des bisherigen Pakts – also von 2007 bis 2023 – stellt der Bund für neue Studienplätze 20,2 Milliarden Euro bereit, die Länder 18,3 Milliarden. Mitte November will die Gemeinsame Wissenschaftskonferenz von Bund und Ländern (GWK) die Weichen für die Zukunft der Hochschulfinanzierung stellen.

Ein neuer Pakt müsse nicht nur künftige Tarifentwicklungen absichern, sondern auch die Betreuung der Studenten verbessern, forderte die Gewerkschaft. Derzeit kämen auf einen Professor in manchen Fachrichtungen mehr als 90 Studenten.

Internet:

- Über die GWK <http://dpaq.de/C4VzS>

Zweifel an FU-Studie zu DDR-Grenzopfern

Berlin (dpa) – Kulturstaatsministerin Monika Grütters (CDU) will Teile einer Studie zu DDR-Grenzopfern neu bewerten lassen. Die Studie des SED-Forschungsverbundes der Freien Universität Berlin war im Juni 2017 nach

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 46/2018 12. November 2018 - HOCHSCHULE

rund fünfjährigen Recherchen vorgestellt und von Grütters finanziert worden. Demnach kamen an der einstigen deutsch-deutschen Grenze insgesamt 327 Menschen aus Ost und West ums Leben.

Nach einem Bericht des Rundfunks Berlin-Brandenburg werden mindestens 50 Opferfälle bezweifelt. Täter sollen zu Opfern gemacht worden sein. Den Vorwürfen werde nachgegangen, die Fälle würden geprüft, sagte der Sprecher von Grütters, Hagen Philipp Wolf, am 6. November der Deutschen Presse-Agentur. Bislang seien der Behörde der Kulturstaatsministerin wissenschaftliche Einwände nicht zur Kenntnis gebracht worden.

FU Berlin weist Zweifel zurück – differenzierte Begutachtung

Der SED-Forschungsverbund der Freien Universität Berlin wies die Zweifel an der Korrektheit der Studie zurück. „Wir haben die Fälle höchst differenziert beschrieben“, sagte Mitautor Jochen Stadt der dpa.

Nach Angaben des RBB-sind jedoch Angehörige der Grenztruppen, die sich selbst töteten, nicht als Täter, sondern als Opfer des DDR-Grenzregimes eingestuft worden. „Nein, wir haben keine Täter zu Opfern gemacht“, betonte dagegen Stadt. Es habe keine Schwarz-Weiß-Situation gegeben. Was sich in den DDR-Grenzkompanien abgespielt habe, sei höchst unterschiedlich gewesen. Es habe 18-Jährige gegeben, die mit dem Dienst an der Grenze nicht klar kamen oder die nicht schießen wollten.

Forscher Stadt unterstrich, jeder der 203 untersuchten Suizide sei im Wissenschaftler-Team ausführlich und auch kontrovers diskutiert worden. In 43 Todesfällen sei ein Zusammenhang mit dem Grenzregime gesehen worden. Die Studie weist diese Fälle in einem extra Kapitel mit ausführlicher Begründung aus. „Nicht alle, die an der Grenze standen, waren Täter“, betonte Stadt.

Das Forschungsprojekt war von Grütters mit rund 450 000 Euro unterstützt worden. Die CDU-Politikerin hatte bei der Vorstellung der Untersuchung betont, dass Opfer wieder einen Namen und ein Gesicht bekommen hätten. Die Wissenschaftler hatten fast 1500 Verdachtsfälle untersucht.

Duale Hochschule in Rh-Pf ein Erfolgsprojekt

Worms (dpa) – Die Zahl der dualen Studiengänge an rheinland-pfälzischen Hochschulen hat sich seit dem Start vor zehn Jahren auf 68 vervierfacht. Im Wintersemester 2017/18 waren laut Wissenschaftsministerium erstmals über 3000 Studierende eingeschrieben. Minister Konrad Wolf (SPD) sagte am 9. November in Worms, die Einrichtung der Dualen Hoch-

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 46/2018 12. November 2018 - HOCHSCHULE

schule Rheinland-Pfalz habe sich ausgezahlt. Sie leiste einen wichtigen Beitrag zur Fachkräftesicherung.

Duale Studiengänge beinhalten Phasen an Hochschulen und in Unternehmen. Angeboten werden sie an den Hochschulen in Kaiserslautern, Mainz, Koblenz, Trier und Worms, der Technischen Hochschule Bingen sowie der Hochschule für Wirtschaft und Gesellschaft Ludwigshafen. Das Spektrum reicht von Wirtschafts- und Sozialwissenschaften über Ingenieur- und Gesundheitswissenschaften bis hin zu Agrarwissenschaften und Informatik.

Neben den schon existierenden dualen Bachelorstudiengängen sollen künftig auch duale Masterstudiengänge sowie Promotionen angeboten werden. Geplant sei auch, sich um mehr ausländische Studierende zu bemühen. Zudem soll dem Ministerium nach fortan aus dem Kreis der Hochschulpräsidenten des Landes ein Präsident für die Duale Hochschule benannt werden, der diese dann nach außen vertritt.

„Ein dualer Studiengang kombiniert das Beste aus zwei Welten: Er überträgt die hervorragenden Erfahrungen der Berufsausbildung auf die akademische Ausbildung“, sagte der Geschäftsführer der Dualen Hochschule Rheinland-Pfalz, Hans-Christoph Reiss. Weil Theorie und Praxis eng miteinander verzahnt seien, seien duale Absolventen hierzulande so gut auf den Arbeitsmarkt vorbereitet wie kaum woanders.

Internet:

- Informationen zu dualen Studiengängen <http://dpaq.de/KldVE>

Hochschule Nordhausen soll neue Recycling-technik entwickeln

Nordhausen (dpa) – Die thüringische Hochschule Nordhausen bekommt ein Innovationszentrum für Wertstoffe. Dort sollen neue Umwelt- und Recyclingtechniken entwickelt werden, teilte Wissenschaftsminister Wolfgang Tiefensee (SPD) am 2. November mit. Dafür stelle die Landeskasse 6,5 Millionen Euro bereit. Das Geld sei vor allem für die Anschaffung von Forschungsgeräten sowie für Personalkosten bestimmt. Laut Tiefensee soll die Hochschule mit der Bauhaus-Universität sowie dem Institut für Angewandte Bauforschung in Weimar kooperieren.

Das Innovationszentrum wird sich mit Technologien und Verfahren für die Abfall- und Abwasserbehandlung sowie mit der Aufbereitung von Roh- und Reststoffen befassen. In Nordhausen soll eine komplette Recyclinganlage für Gips aufgebaut werden, der in der Region auch industriell abgebaut wird. Recycling und Wertstoffgewinnung seien für ein rohstoffarmes Land

wie Deutschland von wachsender Bedeutung, betonte Tiefensee. Derzeit würden erst 15 Prozent des Rohstoffbedarfs der Industrie durch Sekundärrohstoffe gedeckt.

Hebammen-Studium in München

München (dpa) – Die Katholische Stiftungshochschule München (KSH) bietet vom Wintersemester 2019/2020 an einen Studiengang zur Hebammenkunde an. Die KSH sei dafür dann die erste Hochschule in Bayern, sagte der Vorsitzende der Freisinger Bischofskonferenz, der Münchner Erzbischof und Kardinal Reinhard Marx, am 8. November nach dem Herbsttreffen der Freisinger Bischofskonferenz in München. Der Studiengang basiere auf dem christlichen Menschenbild. Er umfasst sieben Semester und soll in Lehrkooperation mit der Ludwig-Maximilians-Universität (LMU) und der Technischen Universität in München angeboten werden. Damit folge man der Forderung der EU-Leitlinie, den Hebammenberuf zu akademisieren, sagte Marx.

Internet:

- KSH München <http://dpaq.de/7W4XX>

SCHULE

Kieler Landtag: Digitalpakt Schule ist unterfinanziert

Kiel (dpa) – Schleswig-Holstein fordert vom Bund mehr Unterstützung bei der Digitalisierung an den Schulen. Nach Auffassung einer großen Mehrheit im Landtag reichen die vom Bund für Investitionen in die digitale Infrastruktur (Digitalpakt Schule) in Aussicht gestellten fünf Milliarden Euro für die nächsten fünf Jahre bei weitem nicht aus. „Wir brauchen im Grunde eine unbefristete Förderung“, sagte Grünen-Fraktionschefin Eka von Kalben am 7. November im Landtag. Sie stellte auch klar: Je mehr Geld der Bund gebe, desto mehr werde er Einfluss auf die Bildungspolitik in den Ländern nehmen wollen.

Mit Ausnahme der AfD plädierten Sprecher aller Fraktionen dafür, das sogenannte Kooperationsverbot in der Bildung per Grundgesetzänderung abzuschaffen oder zumindest weiter zu lockern. Bisher darf der Bund den Ländern kein Geld für die Schulen geben. „Wir kämpfen dafür, dass es eine Grundgesetzänderung auch in diesem Bereich gibt“, sagte Ministerpräsident Daniel Günther (CDU). Er rief die Fraktionen auf, in ihren jeweiligen Bundesparteien entsprechenden Druck zu machen, damit der Digitalpakt so schnell wie möglich Realität werde. „Da ist noch ein bisschen Sand im Getriebe“, sagte Günther.

Nach den Vereinbarungen der Regierungschefs der Länder von Ende Oktober sollten alle Schulen profitieren, sagte Günther. Für Schleswig-Holstein gehe es um jeweils 37 Millionen Euro in den nächsten Jahren.

Opposition: Viele Fragen bei Digitalpakt Schule noch ungeklärt

„Die Zeit drängt“, sagte der SPD-Bildungspolitiker Martin Habersaat. Noch in diesem Jahr müsse es eine Einigung geben, wenn ab 1. Januar 2019 das Geld fließen soll. Die Verteilung der Mittel sei noch völlig ungewiss, sagte Habersaat. Ungeklärt sei auch, wie der Ersatz von erneuerungsbedürftigen Computern nach einigen Jahren, die Wartung und die Administration finanziert werden sollen. Habersaat konfrontierte den Ministerpräsidenten mit dessen Zusage, in drei bis fünf Jahren werde jeder Schüler im Land ein Tablet haben. Der Digitalpakt sehe das nicht vor und im Landeshaushalt seien dafür bisher keine Mittel vorgesehen.

Die vom Bund vorgesehenen Mittel seien viel zu wenig, um das Problem richtig anzupacken, sagte FDP-Fraktionschef Christopher Vogt. Statt der geplanten unter 100 Euro je Schüler im Jahr würden 200 Euro benötigt. „Der Bildungsföderalismus ist in seiner jetzigen Form überholt und nicht mehr zielführend“, sagte Vogt. Die Blockierer einer Grundgesetzänderung

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 46/2018 12. November 2018 - SCHULE

säßen hier nicht bei FDP und Grünen, sondern bei Union und SPD. Für die erforderliche Zweidrittelmehrheit brauchen die Koalitionsparteien in Berlin die FDP und die Grünen. Bildung müsse eine gesamtstaatliche Aufgabe sein, sagte Vogt.

„Besser als gar nichts“, sagte der CDU-Bildungspolitiker Tobias Loose über die angekündigten Bundesmittel. Die fünf Milliarden seien allerdings von SPD-Finanzminister Olaf Scholz noch nicht sicher im Haushalt geplant. Das Land sei bei vielen Themen sehr gut vorbereitet, sagte Loose.

Der Bund locke mit Förderprogrammen für die Schulen, sagte der AfD-Abgeordnete Frank Brodehl. Eine scheinweise Auflösung des Bildungsföderalismus dafür lehnte er aber ab. Die Bildungshoheit der Länder sei der entscheidende Garant dafür, die Schulen vor Gleichmacherei und Experimentierwut zu schützen.

Wolfgang Schmidt (Kiel)

SPD in B-W: Wahlfreiheit zwischen G8 und G9

Stuttgart (dpa) – SPD-Generalsekretärin Luisa Boos fordert eine Wahlfreiheit zwischen dem acht- und neunjährigen Abitur in Baden-Württemberg. „Diese Wahlfreiheit muss sowohl über verschiedene Schularten – wie den Gemeinschaftsschulen und den beruflichen Gymnasien – als auch am allgemeinbildenden Gymnasium gewährleistet sein“, teilte sie am 7. November in Stuttgart mit. Boos unterstützt damit die Petition einer Elterninitiative für das neunjährige Gymnasium, die bislang mehr als 31 700 Menschen unterzeichnet haben.

In Baden-Württemberg bieten derzeit 44 Modellgymnasien das neunjährige Abitur im Rahmen eines Schulversuchs an, der bis 2024/25 läuft. Die grün-schwarze Landesregierung lehnte zusätzliche neunjährige Gymnasien zuletzt ab. Innerhalb der SPD ist das Thema umstritten. SPD-Fraktionschef Andreas Stoch hatte eine Ausweitung der neunjährigen Gymnasien abgelehnt, als er in der vergangenen grün-roten Landesregierung Kultusminister war. Hingegen hatte der damalige SPD-Fraktionschef Claus Schmiedel mehr Gymnasien gefordert, die das Abitur nach neun Jahren anbieten.

Die SPD-Fraktion hat sich noch nicht festgelegt. Deren Bildungsexperte Stefan Füst-Blei sagte: „Wir prüfen derzeit im Auftrag unseres Fraktionsvorsitzenden Andreas Stoch die Ergebnisse des G9-Modellversuchs und die infrage kommenden Optionen.“

Internet:

- Online-Petition <http://dpaq.de/y20QI>

M-V sucht weiter Lehrer

Schwerin (dpa) – Mecklenburg-Vorpommern ist weiter auf der Suche nach Lehrern. Zum Beginn des zweiten Schulhalbjahres im Februar sollen an den staatlichen allgemeinbildenden und beruflichen Schulen 159 unbefristete Stellen besetzt werden, teilte Bildungsministerin Birgit Hesse (SPD) am 8. November in Schwerin mit. Die Angebote seien im Karriereportal www.lehrer-in-mv.de aufgelistet. Interessenten müssten ihre Bewerbungsunterlagen bis zum 24. November bei den Schulen einreichen, Online-Bewerbungen seien auch möglich.

„An unseren Schulen erfolgt ein Generationswechsel“, sagte Hesse. Mecklenburg-Vorpommern habe daher großen Bedarf an gut ausgebildeten Lehrkräften und biete diesen „ein gutes Gehalt, einen sicheren Arbeitsplatz und eine schöne Umgebung“ zum Leben und Arbeiten. Gesucht würden aktuell 53 Pädagogen für Grundschulen, 52 für Regionale Schulen, 26 für Gesamtschulen, 17 für Gymnasien und 8 für Förderschulen sowie drei Lehrer für Berufsschulen. Die Ausschreibungen werden laut Hesse fortlaufend erneuert, um frühzeitig Ersatz für altersbedingt ausscheidende Lehrer zu finden.

Wegen der rapide gesunkenen Geburtenrate und rückläufiger Schülerzahlen waren im Nordosten gut 20 Jahre lang kaum Lehrer eingestellt worden. Inzwischen sind zwei Drittel der etwa 10 000 Pädagogen an öffentlichen Schulen älter als 50 Jahre, viele stehen kurz vor der Rente. Zum Schuljahr 2018/19 stellte das Land 639 Lehrer ein, darunter zahlreiche Seiteneinsteiger. Laut Bildungsministerium wurden beispielsweise 2006 lediglich 66 Lehrer neu eingestellt.

Internet:

- Statistik zu Lehrerstellen in MV <http://dpaq.de/tFv0c>
- Lehrportal MV <http://dpaq.de/J2KL6>

Volksinitiative zu Schulen blitzt im Berliner Parlament ab

Berlin (dpa) – Die Volksinitiative „Unsere Schulen“ ist mit ihrer harschen Kritik an den Berliner Schulbauplänen nicht im Parlament durchgedrungen. Bei einer Anhörung des Haupt- und des Bildungsausschusses wiesen Abgeordnete der rot-rot-grünen Koalition wie auch Finanzsenator Matthias Kollatz Vorhaltungen zurück, der Bau neuer Schulen durch die landeseigene Wohnungsbaugesellschaft Howoge habe eine „Privatisierung“ im Bildungswesen zur Folge. „Da werden Feindbilder aufgebaut, die nicht da sind“, sagte der SPD-Politiker am 7. November.

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 46/2018 12. November 2018 - SCHULE

Bei der Howoge handele es sich um ein öffentliches Unternehmen, das dabei helfe, das größte Infrastrukturvorhaben in Berlin umzusetzen. Sowohl die Schulen als auch die Grundstücke blieben in öffentlicher Hand. „Es gibt kein einziges privatwirtschaftliches Gewinninteresse und keinen einzigen privatwirtschaftlichen Akteur“, sagte der Linke-Abgeordnete Steffen Zillich.

Der Senat will innerhalb von zehn Jahren 5,5 Milliarden Euro in die Sanierung und den Neubau von Schulen stecken. Die privatwirtschaftlich organisierte Howoge soll vor allem die besonders großen Projekte stemmen. Dazu soll sie die Schulen zwischen 25 und 33 Jahre übernehmen; die Bezirke sollen dafür zunächst Miete zahlen, ehe Gebäude und Grundstücke wieder in ihr Eigentum übergehen.

Initiative: Schulen werden zum Faustpfand für die Banken

Die Initiative sieht genau an dieser Stelle den wesentlichen Schwachpunkt des Konstrukts. Denn die Howoge kann und wird die Immobilien als Sicherheit für Kredite einbringen. „Die Schulen werden zum Faustpfand für die Banken“, schlussfolgerte Dorothea Härlin von dem Bündnis. Das sei ungeheuerlich. Zudem habe die Politik bei dem Modell weniger Kontrollmöglichkeiten, zu befürchten seien extrem hohe Kosten und Risiken für das Land. Die Initiative fordert, die Pläne zu überdenken. Bildung sei eine hoheitliche Aufgabe, daher müssten allein Land und Bezirke bauen.

Kollatz räumte ein, dass es im Vergleich zu ersten Annahmen Kostensteigerungen bei diversen Bau- und Sanierungsprojekten geben werde. Das habe aber nichts mit der Howoge zu tun, sondern mit der genauen Analyse des jeweiligen Gebäudezustands, mit der gewünschten Erweiterung von Flächen für neue Schulkonzepte und mit dem Anstieg der Baukosten.

Das Schulbaumodell mit der Howoge hat auch eine finanzpolitische Komponente. Es hilft dem Senat, die ab 2020 geltende Schuldenbremse einzuhalten, also das Verbot, neue Verbindlichkeiten aufzunehmen. Denn Kredite, die die Howoge GmbH aufnimmt, werden Kollatz zufolge nicht auf die Staatsverschuldung angerechnet. Die Initiative bezweifelt, dass das europarechtlichen Regeln standhält.

Sie hatte 28 000 gültige Unterschriften für ihr Anliegen gesammelt und damit die Anhörung im Parlament erzwungen. Denn die Abgeordneten müssen sich nun laut Gesetz mit dem Thema auseinandersetzen.

Stefan Kruse (Berlin)

Internet:

- Informationen zur Volksinitiative <http://dpaq.de/Hss0p>
- Selbstbeschreibung Volksinitiative <http://dpaq.de/OCTDr>

Gymnasiallehrer in Rh-Pf besorgt um Rechtschreibung

Mainz (dpa) – Lehrer an den Gymnasien in Rheinland-Pfalz sehen sich nach Darstellung ihres Verbands zunehmend mit Versäumnissen konfrontiert, die sie auf das Schreiben lernen in der Grundschule zurückführen. „Wir müssen Defizite aufarbeiten“, sagt die Vorsitzende des Philologenverbands Rheinland-Pfalz, Cornelia Schwartz. Dies zeige sich etwa darin, dass es inzwischen an der Mehrzahl der Gymnasien eine Rechtschreib-AG gebe. Damit bleibe Lehrern wie Schülern weniger Raum für andere Arbeitsgruppen.

„Die Kinder lernen nicht mehr, die Buchstaben zu schreiben, sondern zu malen“, kritisierte Schwartz in einem Gespräch mit der Deutschen Presse-Agentur und zeigt als Beispiel eine Schüler-Handschrift mit etlichen Rechtschreibfehlern. „Dass Substantive klein geschrieben werden, hatten wir früher nicht. Das hat sich in den letzten Jahren drastisch gewandelt.“

Der Philologenverband plädiert dafür, Buchstaben wie in der „Fibel-Methode“ vorgesehen Schritt für Schritt einzuführen und zunächst einfache Wörter einzuüben. „Insbesondere für Kinder mit Migrationshintergrund ist das Lernen nach der Fibel ideal, weil es sehr strukturiert vom Einfachen zum Komplexen voranschreitet“, sagte Schwartz.

Das allerdings wird nach Angaben des Bildungsministeriums zum überwiegenden Teil auch so praktiziert. „Im letzten Schuljahr haben von 962 Grundschulen 948 mit Fibeln gearbeitet“, sagte Ministerin Stefanie Hubig (SPD) im September in einer Aktuellen Stunde des Landtags. „In diesen Fibeln gibt es auch Anlauttabellen.“ Diese sind Teil eines Konzepts, das ursprünglich für das Lesen lernen entwickelt wurde, landläufig aber als „Schreiben nach Gehör“ bezeichnet wird: Den gehörten Lauten eines Worts werden mit Hilfe der Anlauttabelle die entsprechenden Buchstabenformen zugewiesen.

Ministerium: Nur 14 Grundschulen lehren Schreiben nach Hören

Nur an 14 Grundschulen in Rheinland-Pfalz werde diese Methode des lautorientierten Schreibens im ersten und zweiten Schuljahr überwiegend praktiziert, sagte Hubig. Sie plädierte dafür, Lehrern so viel Vertrauen zu geben, beim Schreiben lernen verantwortungsvoll mit einem Methodenmix umgehen zu können.

Eine Studie des Instituts zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen (IQB) ergab im Oktober 2017, dass 23,4 Prozent der Viertklässler in Rheinland-Pfalz nicht den Mindeststandard der Rechtschreibung erreichen, etwas über dem Bundesdurchschnitt von 22,1 Prozent. Daraufhin wurden nach

Angaben des Bildungsministeriums in Mainz mehrere Maßnahmen auf den Weg gebracht. Dazu gehören Musteraufgaben für Deutsch, die den Anforderungen der IQB-Studie entsprechen, das Programm „Lesen macht stark“ und ein verbindlicher Grundwortschatz, der im kommenden Schuljahr eingeführt werden soll.

Peter Zschunke (Mainz)

Projekt gegen Rechtsextremismus in Sachsen

Dresden (dpa) – Sachsen will mehr Lehrer im richtigen Umgang mit Fremdenfeindlichkeit im Unterricht schulen. Dafür soll das Modellprojekt „Starke Lehrer – starke Schüler“ ausgeweitet werden, kündigte Kultusminister Christian Piwarz (CDU) am 5. November in Dresden an. Zwei Koordinatoren sollen sich um die Umsetzung kümmern, geplant sind zudem Lehrerfortbildungen, Coachings und der Aufbau eines Netzwerkes mit externen Unterstützern. Dafür sind in den nächsten beiden Jahren rund 400 000 Euro im Doppelhaushalt angemeldet, den der Landtag Ende des Jahres beschließt.

Das Modellprojekt wurde 2015 durch das sächsische Kultusministerium und die Robert Bosch Stiftung gestartet. Beteiligt an dem Modellprojekt waren 23 Lehrer an neun Berufsschulzentren – so in Dresden, Leipzig, Reichenbach im Vogtland, dem nordsächsischen Delitzsch und Annaberg im Erzgebirge. Die Lehrer durchliefen in dieser Zeit ein intensives Training und Coaching, das von der TU Dresden entwickelt worden war. Sie lernten mehr über rechtsextreme Jugendkultur und entwickelten gemeinsam mit Experten mögliche Erklärungen und Reaktionen.

Die Auswertung habe gezeigt, dass Lehrer mehr Hintergrundwissen bräuchten, um direkt und sicher auf antidemokratische und diskriminierende Sprüche reagieren zu können, sagte Piwarz. „Es wird ein weiter und steiniger Weg sein, alle Lehrer für neue Methoden, Ansätze und Prozesse zu gewinnen. Doch der Weg lohnt sich.“

Die beteiligte Robert Bosch Stiftung kündigte an, die Erfahrung aus Sachsen auf andere Bundesländer zu übertragen. Als nächstes soll das Projekt „Starke Lehrer – starke Schüler“ in Niedersachsen starten.

Internet:

- Evaluation mit zentralen Ergebnissen <http://dpaq.de/Pb1at>

VORSCHULE

Sch-H will Meldepflicht für Kita-Plätze einführen

Kiel (dpa) – Schleswig-Holstein will eine Meldepflicht für Kita-Plätze einführen. Dazu soll auf Wunsch von Sozialminister Heiner Garg (FDP) die Kita-Datenbank kräftig ausgebaut werden. Die bislang freiwillige Teilnahme an dem Portal soll für alle Kindertageseinrichtungen verbindlich festgeschrieben werden, sagte Garg am 8. November im Landtag. Diese sollen dort ihre freien Plätze melden, auf die sich Eltern dann für ihre Kinder bewerben können. Denn bislang sind – auf freiwilliger Basis – nur etwa 800 der landesweit knapp 1800 Einrichtungen dabei. Die Meldepflicht ist Teil der für 2020 geplanten Kitareform der Landesregierung aus CDU, Grünen und FDP.

„Die Kita-Datenbank ist erst dann ein wirklich hilfreiches Angebot, wenn Eltern nicht nur für einen Teil, sondern für alle Betreuungsangebote Informationen abrufen können“, sagte der FDP-Politiker. Optimal könnten die Kinder in der Wunschrichtung online und von zu Hause aus angemeldet werden. Die Meldepflicht bringt nach Gargs Ansicht aber auch Vorteile für die Kommunen bei der Ermittlung des tatsächlichen Bedarfs. Denn das Portal soll gewährleisten, dass Kinder, die in mehreren Kitas parallel angemeldet werden, nur einmal als Bedarf erfasst werden.

2020 soll Kita-Reform umgesetzt werden

Im Sommer 2019 will der FDP-Politiker dem Parlament seinen Reformvorschlag vorlegen. Mitte 2020 soll er in Kraft treten. „Die Basis guter Kita-Qualität soll überall im Land gesichert werden, die Elternbeiträge sollen landesweit einheitlich gedeckelt werden“, sagte Garg. Außerdem will die Koalition das Wahlrecht der Eltern stärken.

SPD-Fraktionsvize Serpil Midyatli bezeichnete es als „mega-bedauerlich“, dass sich die Kita-Datenbank bislang nicht fülle. Deshalb gebe es keine Alternative zur verpflichtenden Teilnahme. Der SSW-Abgeordnete Flemming Meyer forderte, dass die Kita-Datenbank künftig auch Infos über Angebote zu Minderheiten und Regionalsprachen enthalten müsse.

Die CDU-Sozialpolitikerin Katja Rathje-Hoffmann forderte eine Entlastung von Eltern und Kommunen. Kosten für einen Kitaplatz in Neumünster von 139 Euro und in Höhe von 740 Euro am Hamburger Rand „für die gleiche Leistung, das ist ungerecht“.

André Klohn (Kiel)

Internet:

- Kitaportal SH <http://dpaq.de/ScyAm>

Bayern entlastet Eltern von Kita-Kindern

München (dpa) – Die neue Landesregierung in Bayern aus CSU und Freien Wählern will Familien mehr fördern und entlasten. Das ist im Koalitionsvertrag vorgesehen, dem beide Parteien am 4. November zustimmten. Konkret will die neue Koalition den Krippen- und Kindergartenbesuch durchgängig mit 100 Euro pro Monat und Kind bezuschussen. Künftig gilt das auch im ersten und zweiten und nicht wie bisher nur im dritten Kindergartenjahr.

Darüber hinaus sollen ab 2020 auch Eltern ein- und zweijähriger Kinder, die eine Krippe oder Tagesbetreuung besuchen, 100 Euro pro Monat bekommen. Mit dieser Forderung haben sich die Freien Wähler durchgesetzt. Allerdings bleibt es auf Wunsch der Christsozialen auch beim neu eingeführten bayerischen Familiengeld. Das bekommen Eltern aller ein- und zweijährigen Kinder, und zwar unabhängig von einem Krippenbesuch.

Bis zum Jahr 2023 sollen zudem 42 000 neue Betreuungsplätze für Kinder von 0 bis 6 Jahren geschaffen werden. In Zusammenarbeit mit den Kommunen sollen Kita-Busse eingerichtet werden, die die Kinder zur Einrichtung und wieder nach Hause bringen. Für Erzieher in Gebieten mit sehr hohen Lebenshaltungskosten werden Zulagen geprüft.

Deutsch-polnisches Projekt Nachbarsprache wird fortgesetzt

Pasewalk/Stettin/Prenzlau (dpa) – Das deutsch-polnische Projekt „Nachbarspracherwerb von der Kita bis zum Schulabschluss“ wird auch nach Ende der EU-Finanzierung fortgesetzt. Dafür haben sich am 7. November Stettins Stadtpräsident Piotr Krzystek sowie Vertreter der Landesregierungen aus Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern auf einer Tagung in Pasewalk ausgesprochen. „Die Sprache ist das größte Problem an der Grenze, aber hier bauen wir europäische Integration vor Ort auf“, erklärte Krzystek.

An dem Projekt beteiligen sich rund 3400 Schüler und Kita-Kinder aus rund 60 Einrichtungen in den Kreisen Vorpommern-Greifswald und Uckermark sowie in der Region Stettin in Polen. Es läuft bis Mitte 2020 und soll von der EU bis 2022 verlängert werden. Eine gemeinsame Ausbildung von Lehrern zusammen mit der Universität Greifswald ist geplant. Schirmherrin ist die Schweriner Regierungschefin Manuela Schwesig (SPD).

TERMINE

November 2018

13. Siegerehrung beim Schülerwettbewerb „Invent a Chip“, Bundesministerium für Bildung und Forschung, Berlin, Info: <http://dpaq.de/DNq1>
14. Konferenz zum Thema „Wenn Roboter denken – Eine interdisziplinäre Sicht auf intelligente Automation“, Technische Hochschule Aachen, Münster, Info: <http://dpaq.de/wGzIF> , (bis 16.)
14. Symposium zum Thema „Genom-Editierung – Wissenschaftler diskutieren ethische, rechtliche und soziale Aspekte“, Universität Heidelberg, Heidelberg, Info: <http://dpaq.de/jGDhl>
16. Deutscher Lehrertag zum Thema „Neue Wege gehen?“, Verband Bildung und Erziehung (VBE), Dortmund, Info: <http://dpaq.de/2Q62F>
17. Praxis-Workshop zum Thema „Selbstmotivation von Schülern wecken“, Bildung&Begabung, Köln, Info: <http://dpaq.de/1sYtz>
19. Revision Summit zum Thema „Humanistische Werte im Kontext zu neuen Technologien“, Revision-Netzwerk, Berlin, Info: <http://dpaq.de/Hfyik> , (bis 20.)
21. Internationales Symposium zum Thema „250. Geburtstag Schleiermachers/200 Jahre Hegel in Berlin“, Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften, Berlin, Info: <http://dpaq.de/WBMG7> , (bis 23.)
21. 3. Deutscher Ausbildungsleiterkongress zum Thema „Duale Ausbildung geht in Führung“, Verband Bildung und Erziehung, Düsseldorf, Info: <http://dpaq.de/Mn2Fz> , (bis 23.)
21. Kongress zum Thema „Wandelbarer Campus der Zukunft“, Congress Presse, München, Info: <http://dpaq.de/mUota> , (bis 22.)
22. Konferenz Hamburger Horizonte zum Thema „Biomedizin, Selbstoptimierung, Künstliche Intelligenz: Diskussion zwischen Wissenschaft und Gesellschaft über „Ich am Ende. Am Ende ich“, Akademie der Wissenschaften Hamburg, Hamburg, Info: <http://dpaq.de/KnPDm> , (bis 23.)
22. Tagung zum Thema „Praxis trifft Forschung: Learning in a Digital World“, Universität Frankfurt/Main und Bundesministerium für Bildung und Forschung, Frankfurt, Info: <http://dpaq.de/lggFy>
22. Jahrestagung 2018 des Universitätskollegs QPL: Diversität als Chance. Universität Hamburg, Hamburg, Info: <http://dpaq.de/2SqPr> (bis 23.)
23. Tagung zum Thema „Wie wird ein Bild zum Schlüsselbild?“, Universität Düsseldorf, Düsseldorf, Info: <http://dpaq.de/Bn2Q1> , (bis 24.)

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 46/2018 12. November 2018 - TERMINE

23. Tagung zum Thema „Information & Media Literacy: Interdisziplinäre Perspektiven auf Bildung und Digitalisierung in der Medien-, Informations- und Wissensgesellschaft“, Universität Passau, Passau, Info: <http://dpaq.de/erfft> , (bis 24.)
27. Fachtagung zum Thema „Digitale Bildungsoffensive – mit qualitätsvollen Internetseiten für Kinder“, Projektbüro Seitenstark, Berlin, Info: <http://dpaq.de/3PDYa> , (bis 28.)
28. Podiumsdiskussion zum Thema „Auf dem Weg zur inklusiven Bildung: Was bedeutet das Landesantidiskriminierungsgesetz für den Bildungsbereich?“, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, Berlin, Info:
29. Internationale Tagung zum Thema „Inklusion, Integration, Differenzierung – Behinderung in Literatur, Film und szenischen Künsten“, Universität Passau, Passau, Info: <http://dpaq.de/GuRCa> , (bis 2.12.)
29. Praxis-Workshop zum Thema „Begeisterung für Mathe wecken“, Bildung&Begabung, Köln, Info: <http://dpaq.de/n499X>
30. Info-Veranstaltung zum Thema „Karriereweg zur Professorin bzw. zum Professor an einer Hochschule für Angewandte Wissenschaften“, Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg, Hamburg, Info: <http://dpaq.de/sykHz>

Dezember 2018

03. Tagung zum Thema „20 Jahre Berufsorientierungsprogramm – 10 Jahre Rückblick und 10 Jahre Ausblick“, Bundesministerium für Bildung und Forschung, Berlin, Info: <http://dpaq.de/By6Pg> , (bis 4.)
04. 79. Ordentliche Mitgliederversammlung des Deutschen Studentenwerkes, Berlin, Info: stefan.grob@studentenwerke.de
05. HRK-Expertise-Jahreskonferenz zum Thema „Internationalisierung auf dem Prüfstand: Aktuelle Herausforderungen, neue Perspektiven“, Hochschulrektorenkonferenz, Berlin, Info: <http://dpaq.de/4WYqF> , (bis 6.)
05. Internationale Konferenz Online Educa, Berlin, Info: <http://dpaq.de/wjQ8K> , (bis 7.)
05. 18. Kongress der Deutschen Interdisziplinären Vereinigung für Intensiv- und Notfallmedizin zum Thema „Qualität und Patientensicherheit“, Universität Hamburg, Leipzig, Info: <http://dpaq.de/5Gg8n> , (bis 7.)
06. Konferenz zum Thema „Wie frei sind die Hochschulen – Möglichkeiten und Grenzen der Kooperation zwischen Wissenschaft und Wirtschaft“, ZEIT Konferenz Hochschule & Bildung, Berlin, Info: <http://dpaq.de/bK88R>
06. 364. Kultusministerkonferenz, Berlin, Info: +49 (0) 30 25418462
07. Fachtagung zum Thema „Discourse and Information Structure“, Universität Münster, Münster, Info: <http://dpaq.de/0HVyc> , (bis 8.)

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 46/2018 12. November 2018 - TERMINE

10. Tagung zum Thema „Die Einheit von Lehren, Lernen und Prüfen: Herausforderungen in der Praxis, HRK-nexus-Projekt, Hamburg, Info: <http://dpaq.de/9lpAo> , (bis 11.)
10. IT-Tage 2018, Magazin „Informatik Aktuell“, Frankfurt/Main, Info: <http://dpaq.de/W5MuK> , (bis 13.)
11. Workshops zum Thema „Anerkennung und Anrechnung an Hochschule“, HRK-nexus-Projekt, Darmstadt, Info: <http://dpaq.de/5PcbJ>
12. Internationale Konferenz zum Thema „Vulnerable Kindheit“, Universität Frankfurt/Main, Frankfurt/Main, Info: +49 69/798-23482, (bis 14.)
13. Internationale Fachkonferenz zum Thema „Hannah Arendt: Herausforderungen der Pluralität“, Universität Paderborn, Paderborn, Info: <http://dpaq.de/wQguf> , (bis 15.)

Januar 2019

17. Symposium zum Thema „Lehre – Transfer – Innovation: Die Rolle der Hochschulen in der Gesellschaft“, Hochschule Pforzheim, Pforzheim, <http://dpaq.de/OQjxN>
28. Kongress zum Thema „In Gottes Namen?! Streit um Religion in Gesellschaft und Politik“, Bundeszentrale für politische Bildung, Essen, Info: <http://dpaq.de/JCFTm> , (bis 30.)
30. Interdisziplinäre Tagung zum Thema „Kulturerbe als kulturelle Praxis – Kulturerbe in der Beratungspraxis“, Bayerisches Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst und Bayerische Akademie der Wissenschaften, München, Info: <http://dpaq.de/MpZvV> , (bis 1.2.)

Februar 2019

- 20.. Tagung zum Thema „Theoretische, methodologische und konzeptionelle Aspekte erziehungswissenschaftlicher Migrationsforschung – aktuelle Qualifikationsprojekte“, Kommission Interkulturelle Bildung und Universität Wuppertal, Info: <http://dpaq.de/rd7bv>
21. Jahrestagung der Sektion Interkulturelle und International Vergleichende Erziehungswissenschaft zum Thema „Jenseits des Nationalen? Erziehungswissenschaftliche Perspektiven“, Deutsche Gesellschaft für Erziehungswissenschaft und Universität Wuppertal, Wuppertal, Info: <http://dpaq.de/YNHRX> , (bis 22.)
25. Tagung zum Thema „Lehren und Lernen in Bildungsinstitutionen“, Gesellschaft für Empirische Bildungsforschung, Köln, Info: <http://dpaq.de/T7AXw> , (bis 27.)

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 46/2018 12. November 2018 - TERMINE

März 2019

- 07. 14. Bundeskongress Politische Bildung zum Thema „Was uns bewegt. Emotionen in Politik und Gesellschaft“, Bundeszentrale für politische Bildung, Leipzig, Info: <http://dpaq.de/CTSgQ> , (bis 9.)
- 09. Tagung zum Thema „Kommunikation im Lehramt – Methodenvielfalt und Konzepte“, Universität Leipzig, Leipzig, Info: <http://dpaq.de/vLxlv>
- 14. 365. Kultusministerkonferenz, Berlin, Info: +49 (0) 30 25418462
- 14. 2. Bundesweite Tagung zum Thema „Wieviel Wissenschaft braucht die Lehrerfortbildung? Ko-Konstruktion und Kooperation“, Universität Freiburg, Freiburg, Info: <http://dpaq.de/XJEsT> , (bis 15.)
- 19. Open Science Conference, Leibniz Research Alliance Science 2.0, Berlin, Info: <http://dpaq.de/nxkF4> , (bis 20.)

Juni 2019

- 06. 366. Kultusministerkonferenz, Wiesbaden, Info: +49 (0) 30 25418462

Oktober 2019

- 17. 367. Kultusministerkonferenz, Berlin, Info: +49 (0) 30 25418462

Dezember 2019

- 05. 368. Kultusministerkonferenz, Berlin, Info: +49 (0) 30 25418462

INHALT (GESAMT)

AKTUELLES

9. November – Gedenken an Schicksalstag der Deutschen	2
Kultur bildet Bündnis gegen Rechts	4
Fast jeder dritte Deutsche hat Vorbehalte gegen Ausländer	5
Grundschüler wissen laut Studie wenig über Juden und Roma	7
Bereitet Schule auf das Leben vor? – Umfrage zeigt Zweifel	8
Österreichs Haus der Geschichte	9

KULTURPOLITIK

Ulrike Lorenz leitet Klassik Stiftung Weimar	11
Sanierung des Pergamonmuseums schwierig	12
Neues Museum zum Magdeburger Dom geöffnet	14
Mainzer Archäologin will sich aktuell einbringen	15
Grütters: Leipzig sollte endlich Einheitsdenkmal bekommen	16

BERUF UND WEITERBILDUNG

Deutscher Beschäftigungsboom hält an	17
Bundesregierung: Neue Weiterbildungskultur	18
Bundes-CDU will Weiterbildung umkrempeln	18
Azubis sollten mindestens 504 Euro verdienen	19

FORSCHUNGSPOLITIK

„Alice“ auf den Spuren des Urknalls	21
Der Fang großer Fische im Weltall	22
Baden-Württemberg will Künstliche Intelligenz vorantreiben	24
„Orion“-Antriebsmodul übergeben – Neuer Mondflug rückt näher	25
Forscher untersuchen Folgen des Abbruchs von Riesen-Eisberg	27
Preis für Mikrobiologin Charpentier	27

HOCHSCHULE

Uni Rostock feiert 600. Geburtstag in 2019.....	29
GEW: Mehr Bundesmittel für Hochschulen	30
Zweifel an FU-Studie zu DDR-Grenzopfern	30
Duale Hochschule in Rh-Pf ein Erfolgsprojekt	31
Hochschule Nordhausen soll neue Recyclingtechnik entwickeln.....	32
Hebammen-Studium in München	33

SCHULE

Kieler Landtag: Digitalpakt Schule ist unterfinanziert	34
SPD in B-W: Wahlfreiheit zwischen G8 und G9	35
M-V sucht weiter Lehrer	36
Volksinitiative zu Schulen blitzt im Berliner Parlament ab	36
Gymnasiallehrer in Rh-Pf besorgt um Rechtschreibung	38
Projekt gegen Rechtsextremismus in Sachsen	39

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 46/2018 12. November 2018 - INHALT (GESAMT)

VORSCHULE

Sch-H will Meldepflicht für Kita-Plätze einführen	40
Bayern entlastet Eltern von Kita-Kindern	41
Deutsch-polnisches Projekt Nachbarsprache wird fortgesetzt	41

TERMINE	42
----------------------	-----------

INHALT (GESAMT)	46
------------------------------	-----------

IMPRESSUM / RECHTLICHE HINWEISE

Impressum

dpa Deutsche Presse-Agentur GmbH

Vors. des Aufsichtsrates: David Brandstätter
Geschäftsführer: Peter Kropsch (Vors.), Matthias Mahn, Andreas Schmidt

Mittelweg 38
20148 Hamburg

Postfach 13 02 82
20102 Hamburg

Telefon: 040 4113-0
E-Mail: info@dpa.com

Eingetragen beim Handelsregister Hamburg,
HRB 68431

Ust-IdNR: DE 118543436

Inhaltlich verantwortlich:

Inhaltlich verantwortlich ist der jeweils auf Seite 1
genannte Redakteur.

Wenn Sie Interesse an weiteren Produkten ha-
ben, wenden Sie sich einfach an den dpa-
Vertrieb.

E-Mail: dossiers-termine@dpa.com
Telefon: (040) 4113-32521

Hinweise

© dpa Deutsche Presse-Agentur GmbH.

Alle Inhalte dieser Ausgabe sind urheber- und
leistungsschutzrechtlich geschützt.
Jegliche Nutzung außer zur eigenen Information,
ist ohne ausdrückliche Zustimmung der dpa un-
zulässig.

Dies gilt insbesondere für die ganze oder teilwei-
se Veröffentlichung, Vervielfältigung, Weitergabe,
Bearbeitung oder Einspeisung in elektronische
Systeme.

Alle Rechte bleiben vorbehalten.

Alle in diesem Produkt gemachten Angaben wur-
den mit größter Sorgfalt recherchiert. Dennoch
übernimmt die dpa keine Gewähr für die Richtig-
keit. Eine Haftung für Schäden, einschließlich
entgangenen Gewinns, welche in Verbindung mit
den in diesem Produkt genannten Inhalten eintre-
ten sollten, ist ausgeschlossen.